



Volle Kraft für unser Land.

Die SPD Schleswig-Holstein 1999–2001.
Bericht für den ordentlichen Landesparteitag
am 10. und 11. März 2001 in Lübeck.

Schleswig-
Holstein

SPD

ARBEIT FÜR BEHINDERTE !

DER VEREIN ARBEIT FÜR BEHINDERTE E.V.

möchte helfen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Behinderte überhaupt erst ihre Arbeit ausüben können.

DER VEREIN ARBEIT FÜR BEHINDERTE E.V.

hilft ohne Umstände. Ohne Formulkram. Unbürokratisch. Unkompliziert. Auf die Person bezogen. Von Mensch zu Mensch.

DER VEREIN ARBEIT FÜR BEHINDERTE E.V.

finanziert seine Hilfen aus Mitgliedsbeiträgen und aus Spenden. Denn er braucht zur Arbeit für Menschen mit Behinderungen Geld.

DER VEREIN ARBEIT FÜR BEHINDERTE E.V. BITTET: WERDEN SIE MITGLIED.

Wenden Sie sich an den Vorsitzenden des Vereins

PETER MERTINEIT, SYLTER BOGEN 22, 24107 KIEL, ☎ 04 31-31 23 56.

Unsere Konten: „Verein Arbeit für Behinderte e.V.“

Sparkasse Kiel, BLZ 210 501 70, Konto-Nummer 92 010 867,
BfG-Bank Kiel, BLZ 210 101 11, Konto-Nummer 1 086 297 900.

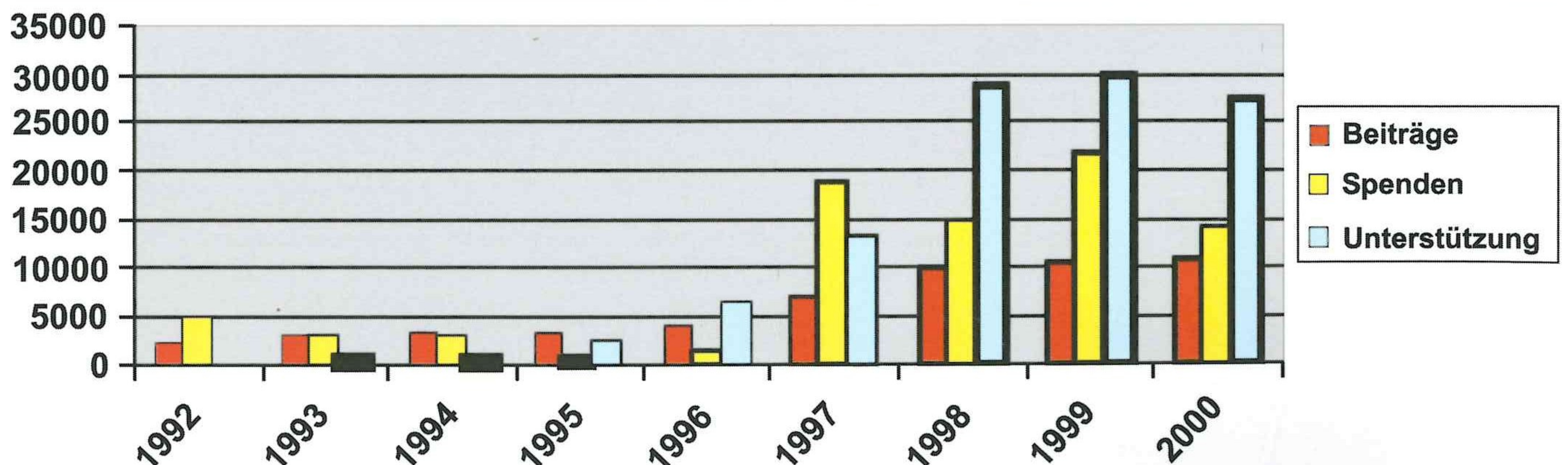
Jeder bedürftige Mensch mit Behinderung kann sich an den Verein wenden. Dies können auch ihre Sorgeberechtigten tun. Je nach Lage kann auch einer Person, die sich um einen Behinderten kümmert, eine Zuwendung gewährt werden. Entscheidend ist allein die Tatsache, dass die Unterstützung ausschließlich Menschen mit Behinderung zu Gute kommt.

Anträge auf Unterstützung können jederzeit an den Vorstand des Vereins gerichtet werden. Antragsteller müssen nachweisen, dass sie in derselben Angelegenheit nicht von einer anderen Stelle Zuwendungen erhalten können.

Ein einmal gewährter Zuschuss verpflichtet den Verein nicht, weitere zu leisten. Vorrangig wird die soziale Lage des Behinderten beurteilt.

Unbürokratisch und unkompliziert

HILFE VON MENSCH ZU MENSCH.



Außerdem konnte der Verein mehrere Arbeitsplätze schaffen und sichern.

Inhalt

Gemeinsam sind wir stark	3
Politischer Bericht des Landesvorsitzenden Franz Thönnies, MdB	
Die Arbeit und Entwicklung der Parteiorganisation	4
Christian Kröning, Landesgeschäftsführer	
Unser Kurs: Neue Handlungsfähigkeit durch strikte Finanzkonsolidierung	6
Finanzbericht 1999 bis 2001 von Volker Andresen, Landesschatzmeister	
Die Arbeitsschwerpunkte des SPD-Landesvorstandes	8
Zukunft im Norden: SPD 21 (ZINS 21)	8
Projekt „Service 21“	8
Jugendforum	9
Zukunftswerkstatt: „Bürgergesellschaft im Norden“	10
Kulturforum	10
Grundsatzdiskussion	11
Ostseepolitik	12
Die Arbeit des Landesausschusses	13
Bericht der Landesschiedskommission	13
Aus der Arbeit der Landesgeschäftsstelle	14
Die Presse und Öffentlichkeitsarbeit	14
Die Bildungsarbeit	14
Bericht der Revisionskommission	15
Der ordentliche Landesparteitag am 24. und 25. April 1999 in Reinbek	16
Der Nominierungs-Parteitag am 9. Oktober 1999 in Damp	18
Der Landtagswahlkampf	20
Die Landtagswahl am 27. Februar 2000	22
Der Koalitions-Parteitag am 26. März 2000	23
Foren, Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften	24
»umweltforum« (mit Arbeitskreis Gen- und Reproduktionstechniken)	24
Wissenschaftsforum	24
Frauenforum (mit Initiative „Heide hats“)	25
Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus	25
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	26
Arbeitsgemeinschaft Selbständiger in der SPD (AGS)	26
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)	26
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	27
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ)	27
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	28
Jungsozialisten	28
Arbeitskreises Migration und Ausländerpolitik	28
Projektgruppe Friedenspolitik	29
Gesprächskreis Innere Sicherheit und Polizei	29
Wohnungspolitischer Fachbeirat	30
Gesprächskreis SPD und Kirche	30
Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK)	30
Die Arbeit des Abgeordneten im Europäischen Parlament, Willi Piecyk	31
Die Arbeit der Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten	32
Die Arbeit der SPD-Landtagsfraktion	35

Herausgeber:
SPD-Landesverband Schleswig-Holstein,
Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel

Verantwortlich:
Christian Kröning

Redaktion und Gestaltung:
Dietrich Drescher

Texte (soweit nicht namentlich gezeichnet):
Dietrich Drescher, Christian Kröning,
Elfriede Marx, Klaus Moseleit, Sven Zylla

Druck:
Wullenwever print + media Lübeck GmbH

Gemeinsam sind wir stark

Politischer Bericht des Landesvorsitzenden Franz Thönnies, MdB

Die schleswig-holsteinische SPD kann auf zwei erfolgreiche Jahre zurückblicken. Wir haben die Landtagswahl am 27. Februar 2000 gewonnen und damit die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Schleswig-Holstein weiter sozialdemokratisch regiert wird. Unsere Botschaft wurde verstanden: Bei Heide Simonis und der SPD ist Schleswig-Holstein in guten Händen. Das war unser gemeinsamer Erfolg. Es hat sich gezeigt: Gemeinsam sind wir besser. Regierung, Fraktion und Partei bilden eine geschlossene Formation, die die Zukunftsaufgaben anpackt und Stück für Stück den Wählerauftrag umsetzt.

Gleiches gilt für den Bund. Wir können auf eine erfolgreiche Wirtschafts-, Steuer-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik zurückblicken. Die Konjunktur hat Tritt gefasst, die Beschäftigtenzahlen steigen, in Wirtschaft, Forschung und Bildung wird wieder investiert.

Nach der Landtagswahl haben wir die drängende und in der Vergangenheit aufgeschobene Aufgabe angepackt, den Landesverband wieder auf ein solides finanzielles und organisatorisches Fundament zu stellen. Vorrangig ging es darum, wie wir die Organisationskraft der Partei angesichts der strukturellen Veränderungen, bei sinkenden Beitragseinnahmen und steigenden Kosten sichern wollen. Das war eine schwierige, am Ende aber erfolgreiche Diskussion. Die Neuorganisation im Rahmen von „Service 21“ befindet sich jetzt in der Umsetzung.

Verantwortung ist nicht immer frei von Konflikten. Dies gilt auch für die unterschiedlichen Handlungsebenen von Kommune, Land und Bund, wie wir es im letzten halben Jahr haben erfahren müssen. Wir werden von den Menschen als eine Partei angesehen. Wir sind eine Partei. Also müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass auf allen Ebenen Erfolge erarbeitet und auch vermittelt werden können. Ich glaube daher, dass es der Landespartei ganz gut täte, wenn die Kommunalpolitiker in ihr zukünftig wieder eine stärkere Rolle spielen würden. Für die Sozialdemokratie ist Kommunalpolitik schließlich ein entscheidender Bereich unserer Gesellschaftspolitik. Nahezu alle größeren Organisationen haben Nachwuchsprobleme. Das geht auch der SPD so. Der Jugend eine Orientierung zu geben, sie stärker an politischen Prozessen zu beteiligen, neue Formen der Parteiarbeit zu entwickeln und den Anteil jugendlicher Mitglieder in der Partei zu verstärken, das ist die Absicht unseres inzwischen erfolgreich arbeitenden Jugendforums „U35“.

Im Januar veranstalteten wir das Auftaktsymposium zu unserer „Zukunftswerkstatt Bürgergesellschaft im Norden“. Mit ihr wollen wir Antworten finden, wie man bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit für mehr Menschen attraktiver machen kann, um dadurch den sozialen und demokratischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu erneuern und zu festigen. Dies gilt auch für die Arbeit auf den verschiedensten Ebenen in unserer Partei. Wir wollen die SPD in Schleswig-Holstein zu einem starken Motor in der Bürgergesellschaft machen.



Für die SPD geht es in den nächsten drei Jahren um ein neues Grundsatzprogramm. Drei Themen stehen im Mittelpunkt bei uns in Schleswig-Holstein: „Demokratie und Beteiligung in der Wissensgesellschaft“, abgeleitet aus den Fragen zur Bürgergesellschaft, „Nachhaltige Entwicklung in ländlichen Räumen“, abgeleitet aus unserer Verantwortung für die nachkommende Generation, und „Gerechtigkeit in der Informations- und Wissensgesellschaft“, abgeleitet aus der Verantwortung für die Zukunft.

Die humane Gesellschaft der Zukunft soll nicht den Ellenbogen als Markenzeichen haben, sondern die ausgestreckte Hand. Dafür stehen wir, die Sozialdemokratie.

Die humane Gesellschaft der Zukunft soll nicht den Ellenbogen als Markenzeichen haben, sondern die ausgestreckte Hand. Dafür stehen wir, die Sozialdemokratie.

Franz Thönnies, SPD-Landesvorsitzender

Die Arbeit und Entwicklung der Parteiorganisation

Christian Kröning, Landesgeschäftsführer

Im Mittelpunkt der Arbeit der Parteiorganisation standen in den zurückliegenden zwei Jahren der Landtagswahlkampf und „Service 21“, das Programm zur Erneuerung der Partei.

Der Landtagswahlkampf

Im Landtagswahlkampf hat die Partei alle Kräfte mobilisiert, damit Schleswig-Holstein weiter sozialdemokratisch regiert werden kann. Mit einer guten Erfolgsbilanz der Regierungsarbeit und einer populären Ministerpräsidentin ist die SPD selbstbewusst in den Wahlkampf gegangen.

Schon im Vorfeld des Wahlkampfes ist die Partei mit großer Geschlossenheit aufgetreten. Ein modernes Wahlkampf-Konzept, ein frisches Design und ein engagiertes Wahlkampf-Team haben die Stärken der Regierungspartei SPD überzeugend vermittelt. Die Wahlkreis-Kandidatinnen und -Kandidaten und die Parteibasis haben den Wahlkampf zu einer bürger-nahe Kampagne gemacht. Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Gerhard Schröder, unterstrich mit vielen Wahlkampf-Auftritten in Schleswig-Holstein die bundespolitische Bedeutung der Wahl und den hohen Stellenwert des Landes in Berlin.

Der Wahlerfolg am 27. Februar 2000 ist die Grundlage für einen sozialdemokratisch geprägten Start in das neue Jahrhundert.



„Service 21“

„Service 21“ ist ein Vorhaben, mit dem wir die Finanzen der SPD Schleswig-Holstein auf gesunde Füße stellen und die Parteiarbeit auf neue Wege bringen wollen. Anfang der 90er Jahre waren wir in Schleswig-Holstein 40 000 Mitglieder. Heute sind es nur noch 28 000. Da die Beitragseinnahmen das Fundament unserer Parteifinanzierung sind, wird das Geld für die politische Arbeit immer knapper. 70 Prozent des Haushalts beim Landesverband sind

Mitgliederzahlen der Kreisverbände

Stand 31. Dezember 2000

Kreisverband	Mitglieder	Männer	Frauen	Monats-Beiträge (DM)	pro Kopf (DM)
Flensburg	451	305	146	7.425,72	16,47
Kiel	2.277	1.431	846	40.028,15	17,58
Lübeck	1.694	1.098	596	25.856,10	15,26
Neumünster	626	443	183	9.590,25	15,32
Dithmarschen	1.552	1.040	512	16.930,35	10,91
Lauenburg	1.744	1.197	547	23.537,53	13,50
Nordfriesland	1.946	1.307	639	21.395,65	10,99
Ostholstein	2.408	1.595	813	27.568,55	11,45
Pinneberg	2.573	1.653	920	37.392,35	14,53
Plön	2.222	1.399	823	24.321,00	10,95
Rendsburg-Eckernförde	3.380	2.244	1.136	48.643,00	14,39
Schleswig-Flensburg	2.161	1.436	725	26.925,00	12,46
Segeberg	1.985	1.298	687	25.789,70	12,99
Steinburg	1.452	967	485	16.577,65	11,42
Stormarn	2.000	1.288	712	30.951,05	15,48
Gesamt	28.471	18.701	9.770	382.932,05	13,45

Personalkosten für die Landesgeschäftsstelle und die 15 Kreisgeschäftsstellen.

In den nächsten Jahren werden viele unserer hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Rente gehen. Wir werden diese frei werdenden Stellen nicht wieder besetzen. Das heißt: Die Landesgeschäftsstelle wird auf die notwendigsten Kernaufgaben reduziert, auch die Kreisgeschäftsstellen müssen künftig mit weniger Personal auskommen.

Gleichzeitig wollen wir die Parteiarbeit schlagkräftiger machen. Stichworte: Mehr Dienstleistungen und Informationen, also mehr Service für Mitglieder und Bürger sowie bessere Nutzung der technischen Möglichkeiten, wie etwa des Internet.

Parteiarbeit auf neuen Wegen

Neben dem Mitgliederrückgang ist die Altersstruktur ein ganz großes Problem: Nur noch zehn Prozent unserer Mitglieder sind heute unter 35 Jahre, ein Drittel älter als 60. Wir müssen die Parteiarbeit so verändern, dass die Menschen, die zu uns kommen wollen, schnellere Ergebnisse, mehr Spaß und mehr Sinn in ihrem Engagement in der SPD erfahren. Der Landesvorstand hat das „Jugendforum U 35“ ins Leben gerufen. Hier vernetzen wir unsere jungen Kommunalpolitiker und Funktionsträger. Wir wollen ihnen für die Arbeit in ihren Fraktionen und Vorständen den Rücken stärken. Wir wollen mit ihnen erarbeiten, wie eine für jüngere Menschen interessante Parteiarbeit aussehen muss. Wir bringen sie in Kontakt und Dialog mit Spitzenpolitikern, und wir wollen ihnen gezielte Qualifikationsprogramme anbieten. Ziel ist es, jüngeren Menschen, die sich in der SPD engagieren, mehr Einfluss zu verschaffen und ihre Arbeit stärker zur Geltung zu bringen.

Neben der Generationengerechtigkeit ist die Bürgergesellschaft das Thema der nächsten zehn Jahre. In der Zukunftswerkstatt „Bürgergesellschaft“ definieren wir, was für uns Bürgergesellschaft sein soll. Wir wollen herausfinden, wie Menschen heute für gesellschaftspolitisches Engagement zu gewinnen sind und wie sozialdemokratische Ortsvereine zu Motoren in der Bürgergesellschaft werden können. Wie halten wir die Gesellschaft zusammen? Auf diese Frage suchen wir nicht nur theoretische Antworten, sondern ganz praktische Ideen und Beispiele. Auf diesem Gebiet liegt ein Stück Zukunft der sozialdemokratischen Idee und Bewegung, so wie früher die Genossenschaften.

Im Landtagswahlkampf, in dem sich Günter Grass, Dieter Hildebrandt, Thomas Freitag und andere für die SPD engagiert haben, wurde versprochen, dass die SPD in Schleswig-Holstein wieder mehr Nähe zur Kulturszene schafft. Mit dem „Kulturforum der Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein“ wollen wir uns im Dialog mit Kunst und Kultur zu neuen Sicht- und Denkweisen inspirieren lassen und die SPD in der Kulturszene besser verankern. Sozialdemokratische Politik ohne die Nähe zu Kunst und Kultur ist wie eine Rose ohne Duft.

Service 21, Jugendforum, Zukunftswerkstatt, Bürgergesellschaft, Kulturforum – wir haben ein anspruchsvolles Arbeitsprogramm auf den Weg gebracht. Nachdem wir die Landtagswahl gewonnen hatten, geht es um die Frage: Was ist notwendig, damit wir künftig nicht nur die erfolgreichste, sondern auch die modernste und schlagkräftigste Partei in Schleswig-Holstein werden? Damit wir nicht nur die nächsten fünf Jahre, sondern das ganze Jahrzehnt unser Land nach sozialdemokratischen Werten und Zielen regieren können. Der Erneuerungsbedarf ist groß. Und wir treffen jetzt die notwendigen Entscheidungen.



Pressemitteilung sofort ins Netz?

Den neuen Vorsitzenden gleich mit Bild dazu? Die Bürgerzeitung schon vor der Verteilung im Internet lesen können?



Bisher nur umständlich und teuer zu realisieren.

Mit easy-access von P+N geht das jetzt kinderleicht

- ohne Fachkenntnisse und ohne spezielles Programm. Sie gehen einfach ins Internet und aktualisieren die eigenen Seiten.



Tel. 040/35 74 54 70

pn-internet.de • info@pn-internet.de

Wir bringen Sie nicht nur ins Netz, wir sorgen auch für Spaß und Erfolg.

Gedrucktes bleibt unverzichtbar!

P+N DRUCKEREI WERBEAGENTUR

Professionelle Werbung mit Ehrenamtlern gemacht - wir haben die **bezahlbaren Konzepte** - besonders wenn es um Ihre Bürgerzeitung geht.

P+N Offsetdruck KG
Dammstorstr. 29 • 20354 Hamburg
Tel. 040/35 74 54-0 • Fax -20
PN.Offsetdruck@t-online.de

www.PN-OFFSET.de

Unser Kurs: Neue Handlungsfähigkeit durch strikte Finanzkonsolidierung

Finanzbericht 1999 bis 2001 von Volker Andresen, Landesschatzmeister

Im Berichtszeitraum lagen aus Sicht des Verantwortlichen für die Finanzen zwei zentrale Projekte: der Landtagswahlkampf und die Finanzkonsolidierung im Zusammenhang mit dem Projekt „Service 21“.

Um einen professionellen und mediengerechten Landtagswahlkampf zu führen, haben wir enorme Finanzmittel in den Haushalten des Landesverbandes der Jahre 1999 und 2000 eingestellt. Insgesamt haben wir rund 3,3 Millionen Mark für Material, Veranstaltungen, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Bildung, Personal und Verwaltung ausgegeben, um das erfolgreiche Ergebnis bei der Landtagswahl am 27. Februar 2000 zu erreichen. Das waren richtige und wichtige Ausgaben, die wir allerdings nur durch Unterstützung des Berliner Parteivorstandes in Form von Zuschüssen und Darlehen sowie einer großen Spendenaktion bei unseren Mitgliedern realisieren konnten.

Die SPD Schleswig-Holstein hat bereits in den Jahren zuvor versucht, durch eiserne Ausgabendisziplin und Finanzcontrolling ihre schwierige Finanzsituation zu konsolidieren. Gegenüber dem Landesvorstand, den Delegierten des Landesausschusses und den Kreisvorsitzenden und im Rahmen des Projektes „Service 21“ auch gegenüber alle Parteigliederungen haben wir in den vergangenen Jahren über die Finanzsituation und -entwicklung der Landespartei volle Transparenz und Offenheit gezeigt.

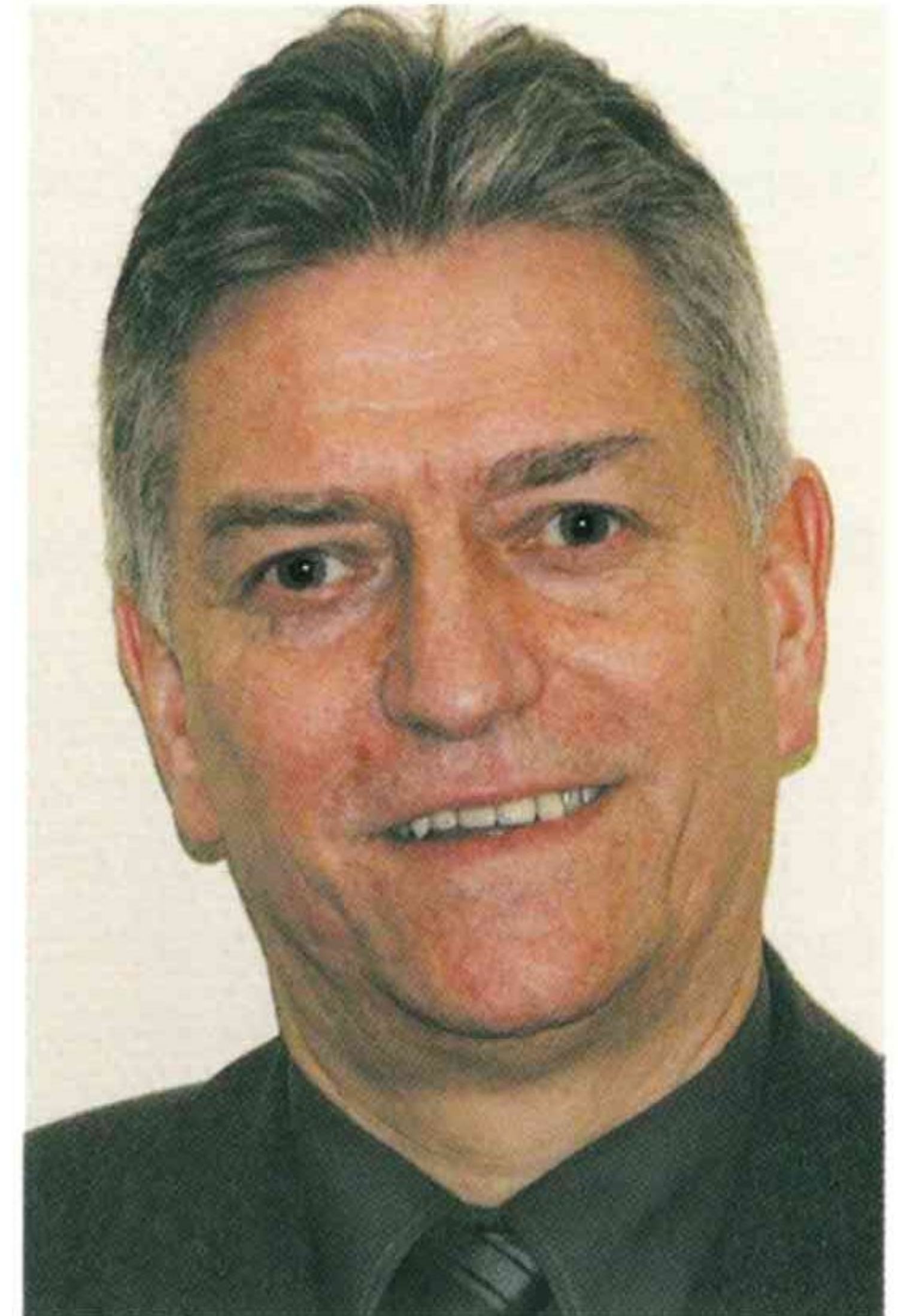
Um den Landesverband wieder auf finanziell gesunde Füße zu stellen, ist in den kommenden Jahren ein harter Konsolidierungskurs notwendig und unumgänglich. Wir haben strukturelle Finanzprobleme, die sich vor allem in zwei zentralen Bereichen zeigen:

■ Durch einen kontinuierlichen Mitgliederrückgang sinkt die größte Einnahmeposition des Landesverbandes, nämlich die Mitgliedsbeiträge.

■ Demgegenüber steigen die Personalkosten als größte Ausgabeposition weiter an. Höhere Anforderungen an Wahlkämpfe – diese haben wir bei unserem Landtagswahlkampf selbst erfahren – lassen auch diese Kosten stark ansteigen.

Um künftig noch ausreichend Geld für politische Arbeit und Aktionen zu haben, muss vor allem das Personalbudget drastisch reduziert werden. Dafür haben wir mit dem Projekt „Service 21“ gemeinsam für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialverträgliche Lösungen und Wege im vergangenen Jahr erarbeitet und beschlossen, die eine Einsparung von Personalkosten in Höhe von 4,7 Millionen Mark bis

2005 möglich machen. Die Altersstruktur unserer Beschäftigten und die Bereitschaft des Betriebsrates bei Wahrung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur konstruktiven Zusammenarbeit waren und sind in diesem Prozess sehr hilfreich. An dieser Stelle



möchte ich mich nochmals bei allen Beteiligten, ob ehrenamtlich oder hauptberuflich, ob auf Landesebene oder an der Parteibasis, für die konstruktiv-kritische Mitarbeit beim Projekt „Service 21“ bedanken. Ich hoffe und wünsche mir, dass wir diese Zusammenarbeit in der schwierigen Phase der Konsolidierung und der Modernisierung unserer Parteiarbeit in den kommenden Jahren fortsetzen werden.

Folgende weiteren zentralen finanzpolitischen Entwicklungen und Entscheidungen möchte ich besonders hervorheben:

■ Mit der im Dezember 2000 beschlossenen Mittelfristigen Finanzplanung haben wir einen verbindlichen Handlungsrahmen für die kommenden fünf Jahre beschlossen. Ergänzt wird dieser im Frühjahr 2001 um eine mittelfristige Personalplanung.

■ Nach langem Ringen und vielen kritischen Diskussionen ist es gelungen, mit Ministerinnen, Ministern, Staatssekretärinnen und Staatssekretären der SPD eine einvernehmliche Regelung über die regelmäßige Zahlung ihrer Sonderabgaben gemäß unserer Finanzordnung und Beschlüsse des Landesvorstandes zu erreichen. Ich möchte an dieser Stelle nicht verschweigen, dass ich eine frühere Regelung lieber gesehen hätte.

■ Der Bundesparteitag im Dezember 1999 hat – aus finanzpolitischer Sicht positiv zu bewerten – eine kontinuierliche Beitragserhöhung (Anpassung alle zwei Jahre ab 2001) beschlossen. Dabei halte ich nach wie vor die Beitragstabelle für wenig geeignet, neue Mitglieder zu werben und Beitragsehrlichkeit

zu erzielen. Wir werden uns weiterhin für eine neue Struktur einsetzen.

■ Durch das gute Ergebnis bei der Landtagswahl 2000 erhält der Landesverband in den Jahren 2001 bis 2004 höhere staatliche Mittel von rund 32 000 Mark jährlich.

■ Die Arbeitsplätze aller Beschäftigten des SPD Landesverbandes in den 15 Kreisgeschäftsstellen und in der Landesgeschäftsstelle in Kiel wurden 1997 mit einer neuen und einheitlichen EDV ausgerüstet. In diesem Jahr werden Nachrüstungen notwendig.

Unbefriedigend ist nach wie vor die Software der Mitgliederadressverwaltung, da es nach der Einführung einen weiteren Wechsel des Anbieters gab. Der Landesverband macht nach wie vor mit allen anderen Bezirken und Landesverbänden beim Parteivorstand Druck, damit alle noch offenen Kritikpunkte und Funktionsfehler schnellstmöglich beseitigt werden. Im Zeitalter der Informationsgesellschaft müssen wir eine zügige und fehlerfreie Mitgliederadressverwaltung gegenüber unseren Mitgliedern und den Parteigliederungen für ihre Arbeit gewährleisten können.

■ Der Durchschnittsbeitrag bewegt sich bei 13,10 Mark im Jahre 1999 bis 13,45 Mark im Jahre 2000. Das ist zwar eine leichte Steigerung gegenüber den Vorjahren, dennoch liegen wir damit im Vergleich weiterhin im unteren Drittel aller Bezirke und Landesverbände.

■ Neue Einnahmequellen durch aktive und kreative Mitgliederwerbeaktionen und -kampagnen, durch

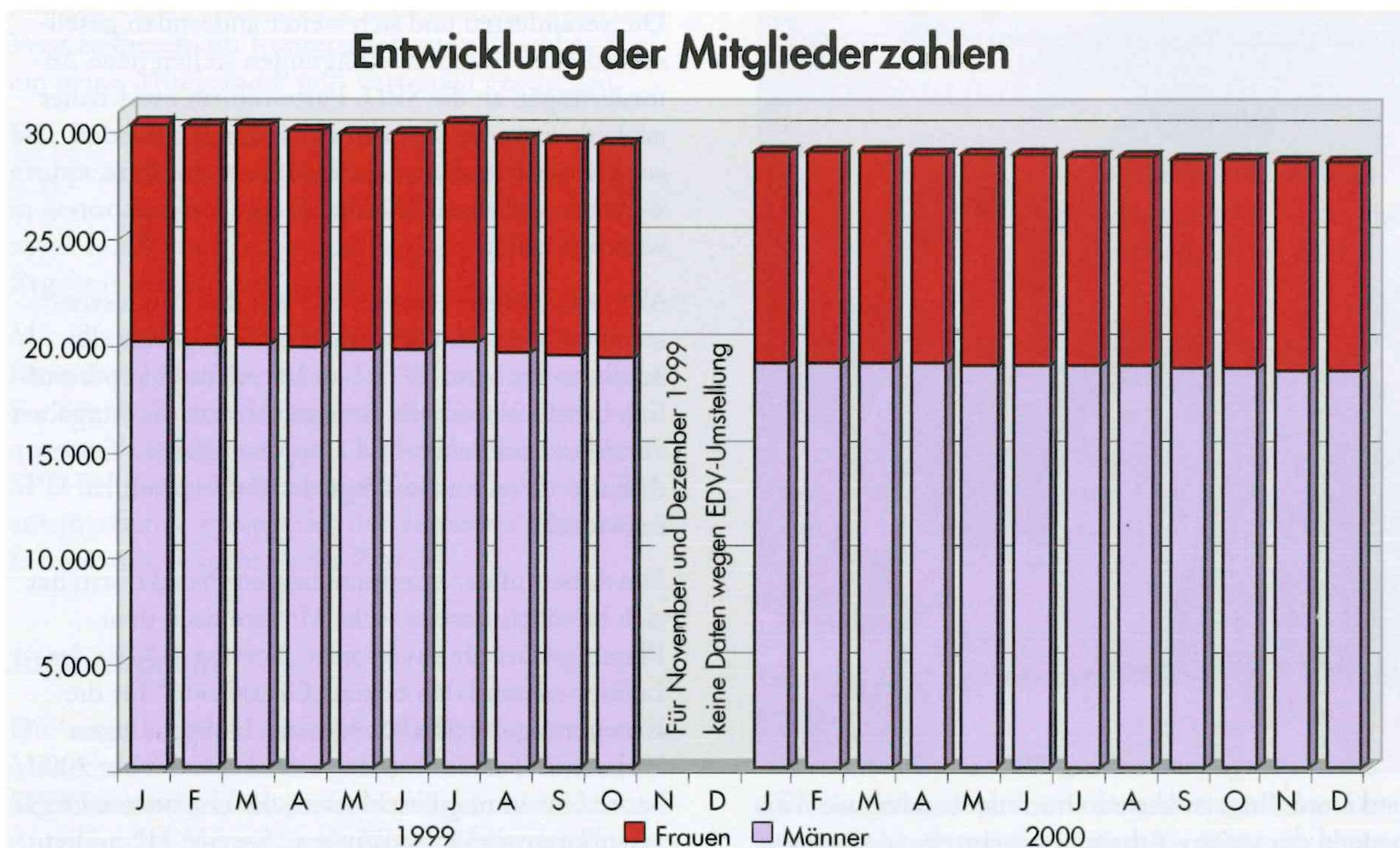
Sponsoring und Fundraising werden ein Schwerpunkt der nächsten Wahlperiode sein.

Resümee

Trotz vieler Begehrlichkeiten und politisch neuer Anforderungen muss der Landesverband in den kommenden Jahren bis zur nächsten Landtagswahl noch deutlichere Prioritäten setzen, um den geringeren finanziellen Spielraum optimal zu nutzen. Wir sind uns einig, dass es in dieser schwierigen Finanzsituation des Landesverbandes keine Alternativen zu dem jetzt eingeschlagenen strikten Konsolidierungskurs gibt.

Im Alltagsgeschäft und beim Aufstellen der einzelnen Haushaltspläne mit den Ansätzen für Aktivitäten des Landesvorstandes, seiner Arbeitskreise und Foren sowie der Arbeitsgemeinschaften wird es sicher zu einem heftigen Ringen um die knappen finanziellen Ressourcen kommen. Dies wird es nach meiner Prognose auch im Hinblick auf die deutlich geringere Zahl an Beschäftigten geben. Trotzdem müssen wir diesen harten Weg gehen. Nur so können wir mit soliden Finanzen den nächsten Landtagswahlkampf und die politische Arbeit bewältigen. Ich will mich dafür einsetzen und hoffe auf viel Unterstützung und eine konstruktiv-kritische Begleitung.

Mein Wunsch und Appell an alle Kreisvorstände ist, ihre Kreiskassierinnen und -kassierer bei ihrer schwierigen aber notwendigen Aufgabe zu unterstützen. Abschließend möchte ich mich bei allen Mitarbeiter/innen in der Landesgeschäftsstelle, mit denen ich sehr gut und intensiv zusammenarbeitet habe, für die prima Zuarbeit bedanken.



Die Arbeitsschwerpunkte des SPD-Landesvorstandes

Mit der Neuwahl des Landesvorstands auf dem Parteitag im April 1999 in Reinbek hat die SPD Schleswig-Holstein mit dem Slogan „Volle Kraft für unser Land“ und der Wahl von Heide Simonis als Spitzenkandidatin ihre erfolgreiche Kampagne zur Landtagswahl begonnen. Das Ergebnis am 27. Februar 2000 mit 43,1 Prozent ist ein klarer Wählerauftrag für die SPD-geführte Landesregierung zur Fortsetzung ihrer Arbeit.

Zukunft im Norden: SPD 21 (ZINS 21)

Unmittelbar nach der Landtagswahl hat der Landesvorsitzende Franz Thönnies mit seinem Papier „Volle Kraft für Aufbruch, Profil und Erneuerung – ZINS 21 – Zukunft im Norden“ die Zukunftsthemen und Aufgaben der Landespartei beschrieben. Auf einer Klausurtagung im Mai 2000 wurden diese Themen ausführlich diskutiert, konkretisiert und konkrete Arbeitsschritte vereinbart. Die SPD Schleswig-Holstein will mehr junge Menschen in der Partei fördern und für eine Mitarbeit und Mitgliedschaft gewinnen. Der Dialog zwischen SPD und Kulturschaffenden soll wiederbelebt werden. Die Kultur soll wieder stärker als Quelle von Kreativität, Innovation und Diskurs sowie als Stifterin politischer Orientierung und Identität in der SPD genutzt werden. Wie sieht die Bürgergesellschaft von heute und morgen in Schleswig-Holstein konkret aus? Was kann die SPD dazu tun? Auch diesen Fragen wurde intensiv nachgegangen. Ebenso will

und wird sich der Landesverband in die Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der SPD offensiv und mit eigenen Schwerpunkten einmischen. Die Zusammenarbeit und der Austausch mit dem skandinavischen Schwesterparteien wurde intensiviert und soll weiter ausgebaut werden. Entscheidende Grundlage für eine zukunftsfähige Parteiarbeit ist die Reform der Organisation, die Zusammenarbeit von Ehrenamt und Hauptberuflichen sowie die Konsolidierung der Finanzen. Dies stand in 2000 ganz vorne an auf unserer Tagesordnung.

Projekt „Service 21“

Die SPD war in den letzten Jahren die erfolgreichste Partei in Schleswig-Holstein. Das zeigen die Stimmengewinne bei den Kommunal-, Bundestags- und Landtagswahlen seit 1998. Diese Erfolge konnten jedoch nicht in eine Erhöhung der Mitgliederzahlen umgesetzt werden. Der weiter anhaltende Mitgliederückgang, sinkende Beitragseinnahmen, die Altersstruktur der Mitgliedschaft und die hohen Personalkosten im hauptberuflichen Bereich verlangen neue organisatorische und finanzielle Weichenstellungen. Die Entwicklungen in der Informationstechnologie und in den Medien bieten Chancen, Politik interessanter und informativer zu vermitteln. Auf diese neuen Aufgaben und Herausforderungen muss die Parteiorganisation vorbereitet werden.

Die veränderten und sich weiter ändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stellen neue Anforderungen an die SPD. Parteireform muss daher auch als Erneuerungsprozess verstanden werden. Die schwierige Haushaltslage der Landespartei ist ein weiterer wichtiger Grund, der eine Reform notwendig macht.

Mit dem Projekt „Service 21“ hat der Landesvorstand im Mai 2000 den Startschuss gegeben, die Struktur der beim SPD-Landesverband hauptberuflich Beschäftigten neu zu organisieren, die Aufgaben von Ehrenamtlichen und Hauptberuflichen neu zu diskutieren und neue Wege der Parteiarbeit zu entwickeln.

Die Arbeit in der kommunikativen Projektform hat sich bewährt. Bereits sechs Monate nach dem Planungsstart für das Projekt „Service 21“ hat der Landesvorstand den ersten „Grundstein“ für die Erneuerung der SPD-Schleswig-Holstein legen können. Auf seiner Sitzung am 11. Dezember 2000 hat er einstimmig beschlossen, das erarbeitete Organisationsentwicklungskonzept „Service 21“ in den



Ulrike Rodust und Franz Thönnies berieten nach der Landtagswahl mit dem Vorstand das weitere Arbeitsprogramm der Landespartei



nächsten fünf Jahren umzusetzen. Damit beginnt die SPD Schleswig-Holstein mit der größten Organisationsreform seit ihrer Neugründung 1946.

Die neue Architektur für die zukünftige Organisation der Partei liegt jetzt vor. In den Kreisverbänden werden bis zum 1. April 2001 die Pläne für die Ausgestaltung der jeweiligen regionalen „Etagen“ erarbeitet. Bis zum Bundestagswahlkampf soll der erste „Bauabschnitt“ für die neue Organisationsstruktur fertig gestellt sein und für den Wahlkampf zur Verfügung stehen.

„Service 21“ ist ein Organisationsentwicklungsprozess, der von Anfang an die Wege und Ziele künftiger Parteiarbeit berücksichtigt hat: volle Transparenz über Daten, Fakten und Informationen (Broschüre der Projektgruppe vom September 2000), Beteiligung der Gliederungen und der Mitgliedschaft (verschiedene Umfragen und die regionalen Dialog-Veranstaltungen im Oktober 2000) sowie beteiligungsorientierte, demokratische Willensbildung in der Projektkommission. Alle Mitglieder waren aufgefordert, ihre Erwartungen an die Parteiorganisation zu formulieren, und hunderte Genossinnen und Genossen haben sich beteiligt. Die gemeinsame Erfahrung aller Beteiligten auf dem Weg zu diesem im Konsens gefassten Beschluss hat ein neues Miteinander und Vertrauen geschaffen.

Der Landesvorstand dankt allen, die in der Projektgruppe, in der Projektkommission, in den Gremien, in den regionalen Gruppen und Veranstaltungen sowie mit ihren Briefen und E-Mails zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

Mit „Service 21“ – einem Erneuerungsprogramm für mehr Dienstleistungen und Informationen, mehr Service für Bürger/innen und Mitglieder, konsequente Nutzung moderner Technik – übernimmt die SPD Schleswig-Holstein eine Vorreiterrolle für das entsprechende Projekt der Bundespartei: Eine starke Demokratie braucht starke Parteien.

Jugendforum

Die zentralen Ziele des Jugendforums sind junge Menschen stärken an der Arbeit und der Politik der SPD Schleswig-Holstein zu beteiligen sowie den Anteil junger Menschen als Mitglieder in der Partei

zu erhöhen. Darüberhinaus will die SPD den Dialog mit Einrichtungen, Verbänden, Organisationen und Initiativen der Jugendarbeit und Jugendhilfe intensivieren und sich ein klares jugendpolitisches Profil schaffen. Ein weiteres Ziel ist, diese Arbeit nicht nur auf Landesebene zu verankern, sondern auch auf Kreis- und Ortsebene. Mit neuen Arbeits- und Veranstaltungsformen sowie besonderen Angeboten der Fort- und Weiterbildung, dem Aufbau eines Netzwerkes junger Genossinnen und Genossen und einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit sollen diese Ziele erreicht werden. In die Arbeit des Jugendforums der SPD sind die Jungsozialisten (Jusos) eingebunden.

Seit dem Frühjahr 2000 gab es drei U35-Treffen, an dem jeweils rund 35 bis 40 junge SPD-Politikerinnen und -Politiker teilgenommen haben. Beim Auftakt dieser neuen Reihe wurden durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Ziele, Aufgaben und deren konkrete Umsetzung erarbeitet. Bei den Folgetreffen standen die gewünschten Themenschwer-



Beim „Talk im Wagenhaus“ stellte sich Ministerpräsidentin Heide Simonis der Diskussion mit jungen Mitgliedern.

punkte „Rentenreform“ und „Kommunalpolitik“ auf dem Programm. Bei diesen U35-Treffen nutzen die jungen aktiven Mitglieder die Chance inhaltlich mit erfahrenen Politiker/innen zu diskutieren, ihre Meinung zu bilden und sich einzumischen aber auch selbst zu den Themen zu arbeiten und sich untereinander auszutauschen und näher kennen zu lernen. Der U35-Verteiler ist mittlerweile auf rund 500 Personen angewachsen und soll weiter ergänzt werden.

Die zweite Veranstaltungsreihe des Jugendforums „Talk im Wagenhaus“ soll dazu beitragen, den jungen Politiker/innen die Chance zu geben, in kleinem



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Michael Bürsch und der Wissenschaftler Prof. Dr. Helmut Klages diskutierten beim Symposium Bürgergesellschaft am 27. Januar 2001 die Chancen des Ehrenamtes.

Rahmen mit Prominenten aus Politik und Gesellschaft nach ihren Wünschen Themen ausführlich zu diskutieren. Beim erfolgreichen Start dieser Talk-Reihe Anfang Dezember 2000 sprachen 20 jungen Mitglieder mit Heide Simonis. Weitere Angebote und Aktionen, U35-Treffen und „Talk im Wagenhaus“ sind für 2001 geplant.

Nachdem in der ersten Phase der Arbeit des Jugendforum ein Schwerpunkt auf die innerparteiliche Mobilisierung und Vernetzung gelegt wurde, soll es in 2001 auch mehr Kontakte mit jungen Menschen außerhalb der Partei geben.

Die Arbeit des Jugendforums wird koordiniert durch eine Lenkungsgruppe, der folgende Personen angehören: Franz Thönnies, Jörg Schmall, Ute Rickert-Ziems, Florian Matz und Sven Zylla.

Zukunftswerkstatt: „Bürgergesellschaft im Norden“

Ausgangslage für dieses Projekt ist, dass immer weniger Menschen bereit sind, sich in einer Partei, in Verbänden oder anderen festgefühten Strukturen zu engagieren. Untersuchungen zeigen, dass es etwa 22 Millionen Engagierte gibt und 16 Millionen Interessierte, die potentiell bereit sind, sich für das Gemeinwohl zu engagieren. Dafür, dass sie es bisher nicht tun, gibt es eine ganze Reihe von nachvollziehbaren Gründen. Um nur einige zu nennen: Verbes-

serung der Informationen, Anerkennung für das Engagement, Möglichkeit „Verantwortungsrollen“ zu übernehmen, Qualifizierung für die ehrenamtliche Aufgabe, zeitlich begrenzte Übernahme von Verantwortung und Aufgaben, unbürokratische Ausführungsmöglichkeiten, Spass an der ehrenamtlichen Arbeit und anderes mehr.

Wir wissen: Unsere Gesellschaft, der Staat und auch die Wirtschaft würden in nur wenigen Tagen zusammenbrechen, wenn es ehrenamtliches Engagement nicht gäbe.

Ihre Arbeit ist ein großer Reichtum für unser Land. Die Antwort auf den politischen, demokratischen und sozialen Strukturwandel der letzten zehn Jahre heißt für uns: Bürgergesellschaft. Die Bürgergesellschaft ist kein Konzept gegen die Wirtschaft oder gegen den Staat, sondern geht es darum, die neuen sozialen Fragen zu beantworten und ein neues Gleichgewicht herzustellen

- zwischen Politik und Ökonomie,
- zwischen Demokratie und Markt,
- zwischen sozialer Gerechtigkeit und Individualinteressen.

In unserer „Zukunftswerkstatt Bürgergesellschaft im Norden“ wollen wir Antworten finden, wie man bürgerschaftliches Engagement für mehr Bürgerinnen und Bürger attraktiver machen kann, um dadurch den sozialen und demokratischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu erneuern und zu festigen. Ergebnisse dieser Zukunftswerkstatt sollen konkrete Umsetzungsvorschläge für die politischen Akteure sein. In drei Ortsvereinen sollen die Vorschläge modellhaft umgesetzt werden.

Wir wollen die SPD in Schleswig-Holstein mit ihren 15 Kreisverbänden und 640 Ortsvereinen zu einem starken Motor in der Bürgergesellschaft machen.

Kulturforum

Moderne Parteiarbeit darf Kulturschaffende, Kulturdienstleistende, Kulturpolitikerinnen und -politiker sowie diejenigen, die sich gewissermaßen mit der „Geistigen Situation der Zeit“ beschäftigen, nicht nur zu Wählerinitiativen kurz vor Wahlen zusammen trommeln, sondern muss zu ihnen einen kontinuierlichen Kontakt pflegen.

Das Kulturforum will eine Plattform für den Austausch unter KünstlerInnen und zwischen Kunst und Kultur bieten. Es wird eine lebhaftere Verbindung zwischen KünstlerInnen, Intellektuellen und dem kulturellen Umfeld der SPD fördern. Im Kulturforum sollen KünstlerInnen, KulturpolitikerInnen, kulturelle DienstleisterInnen und kulturell interessierte BürgerInnen durch Diskussions- und Kulturveranstaltungen einen Ort der Begegnung und des

Austausches finden. Kulturelle Sichtweisen werden an die Sozialdemokratie herangetragen und Grundsatzfragen von Kultur und Demokratie öffentlich debattiert.

Das Kulturforum Schleswig-Holstein wird:

- Den offenen Dialog pflegen: gerade in der Kulturpolitik muß sich die Sozialdemokratie als Partei mit dem Anspruch einer demokratischen Kommunikation kritisch hinterfragen lassen. Die brüchig gewordene Beziehung zwischen Sozialdemokratie und Kultur muß wieder aufgebaut werden. Interesse muß neu geweckt werden, neue Verbindungen müssen geschaffen werden.
- Den Stellenwert von Kunst, Kultur und Kulturpolitik in der demokratischen Gesellschaft fördern: es bleibt eine dauernde Aufgabe – gerade für eine Sozialdemokratie, die immer auch Bildungs- und Kulturbewegung war. Gerade der Kontakt mit Kunst und Kultur kann unsere Identität bewahren helfen. Das Ziel, demokratische Politik und Kulturgesellschaft zusammenzubringen, bleibt grundlegend kommunale Kulturpolitik.
- Kulturpolitik auf allen Ebenen nach vorne bringen. Dies gilt auch für die Kulturpolitik des Landes bis hin zur oftmals finanziell notleidenden kommunalen Kulturpolitik.
- Dazu beitragen, den eigenen Horizont zu erweitern, denn im Kontakt mit Künstlerinnen und Künstlern erschließen sich neue Dimensionen des Denkens und Fühlens: eine sich modernisierende Partei muß sich dem kulturellen Wandel in seiner ganzen Breite öffnen und ihn wo immer möglich befördern. Der Startschuss ist gefallen, nun kommt es darauf an, dass viele Menschen innerhalb und außerhalb unserer Partei mitmachen.

Grundsatzdiskussion

Das Grundsatzprogramm der SPD wird überarbeitet und neu formuliert. Dies hat der Bundesparteitag 1999 beschlossen. Die SPD Schleswig-Holstein will sich intensiv an der Programmdebatte beteiligen. Dabei sollen die Mitglieder und Gliederungen der Partei sowie die Öffentlichkeit und möglichst viele gesellschaftlichen Gruppen einbezogen werden.

Der Landesvorstand hat beschlossen, sich auf folgende Themenschwerpunkte in der Programmdebatte zu konzentrieren:

- Demokratie und Partizipation in der Informations- und Wissensgesellschaft.
- Nachhaltige Entwicklung als ganzheitliches Politikprinzip für ländliche Räume.
- Grundwertediskussion in der Sozialdemokratie: Gerechtigkeit.

Den Startschuss für die Diskussionen in Schleswig-Holstein hat die Landespartei mit einer Veranstaltung zum Thema „Grundwerte für eine neue Zeit“ Ende November 2000 gemacht. Dabei diskutierten rund 100 Parteimitglieder mit den Referenten Johano Strasser, Heide Simonis und Franz Thönnies über die Geschichte der SPD-Grundsatzprogramme und die Bedeutung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für die künftige politische Orientierung der SPD.

Die Landespartei wird in den folgenden Monaten und Jahren mit Veranstaltungen und Dialogen verschiedene Foren zur Diskussion ihrer Schwerpunktthemen anbieten. Alle Parteigliederungen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Foren sind aufgerufen im Rahmen ihrer Arbeit und mit ihren spezifischen Zielgruppen die Grundsatzdiskussion zu vertiefen. Ziel dieser breit angelegten Debatte ist es, am Ende die Idee und Vorstellungen aus Schleswig-Holstein zu bündeln und als Beitrag in die Debatte auf Bundesebene mit einzubringen.

Der SPD-Landesvorsitzende Franz Thönnies vertritt die SPD Schleswig-Holstein in der Programmkommission auf Bundesebene. Der Parteivorstand hat im Jahr 2000 in drei großen Konferenzen die Grundwerte mit namhaften Referenten erörtert und die Kommission hat mit Fachleuten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften besondere Themenbereiche ausführlich besprochen. Die Diskussion soll in Zukunft noch stärker mit externen Gruppen, Verbänden und Institutionen geführt werden.



Johano Strasser referierte zum Auftakt der Diskussion über das neue Grundsatzprogramm der SPD.

Ostseepolitik

Der Landesverband Schleswig-Holstein hat vielfältige internationale Kontakte in Skandinavien – auch für die Bundespartei wahrgenommen.

Thönnnes traf Lipponen

Die Glückwünsche des SPD-Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Gerhard Schröder überbrachte SPD-Landesvorsitzender Franz Thönnnes im Mai 1999 den finnischen Sozialdemokraten (SDP) zu ihrem 100-jährigen Jubiläum. Der Landesvorsitzende nahm an der Jubiläumsfeier sowie dem anschließenden Parteitag der SDP in Turku teil. Dabei kam es auch zu einem ausführlichen Gespräch mit dem Vorsitzenden der SDP und finnischen Ministerpräsidenten Paavo Lipponen. Im Mittelpunkt standen die Zusammenarbeit in der Ostsee-Region, die EU-Präsidentschaft und der Kosovo-Konflikt.

Viele Gesprächs-Kontakte

Im Oktober 1999 kam es zu einer Vielzahl von Kontakten mit Politikern aus dem Norden. Sven Hulterström, Vorsitzender der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, und der SPD-Landesvorsitzende Franz Thönnnes vereinbarten eine Intensivierung der politischen Zusammenarbeit. Zu weiteren Treffen kam es zwischen Thönnnes als Vorsitzendem der Deutsch-Skandinavischen Parlamentariergruppe mit der Vorsitzenden der Finnisch-Deutschen Parlamentariergruppe aus Helsinki, Mari Kiviniemi, und dem dänischen Arbeitsminister Ove Hygum. Um die Erweiterung der EU ging es bei einer Unterredung mit der Vize-Ministerpräsidentin Schwedens Lena Hjelm-Wallén.

Anfang November 1999 kam die Arbeitsgruppe „Grundsatzprogramm“ des SPD-Landesvorstandes in Büdelsdorf bei Rendsburg zusammen. Mit dabei der sozialdemokratische Folketing-Abgeordnete René Skau Björnsson aus Århus in Dänemark und die Journalistin und Schweden-Expertin Gisela Petterson. Im Mittelpunkt stand die Frage nach den dänischen und schwedischen Wegen zum Erhalt des Sozialstaates angesichts der Globalisierung.

Zum ersten Parteitag der schwedischen Sozialdemokraten im neuen Jahrhundert waren SPD-Landesvorsitzender Franz Thönnnes und Landesgeschäftsführer Chrisitan Kröning im Auftrag des SPD-Parteivorstands nach Stockholm gereist. Im Mittelpunkt des Parteitreffens stand die Entscheidung über den Beitritt Schwedens zur Europäischen Währungsunion. In einem Gespräch mit Schwedens Ministerpräsident Göran Persson dankte Franz Thönnnes für dessen Besuch beim Auftakt zum Landtagswahlkampf im Januar.



Verbindungen über die Ostsee: Franz Thönnnes, Heide Simonis und Bernd Rohwer bei der Eröffnung der Öresund-Brücke.

Gespräch mit Norwegens Ministerpräsident

Seinen ersten Antrittsbesuch im Ausland machte der neue norwegische Ministerpräsident Jens Stoltenberg im April 2000 in Berlin. Nach Gesprächen mit dem SPD-Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Gerhard Schröder sowie dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse besuchte der Gast das Willy-Brandt-Haus. Dort sprach er mit SPD-Generalsekretär Franz Müntefering und dem SPD-Landesvorsitzenden Franz Thönnnes. Übereinstimmung bestand darin, neben den Kontakten zwischen den Parteivorständen auch die Kooperation auf regionaler Ebene auszubauen.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der deutsch-skandinavischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages leitete Franz Thönnnes eine Delegation des deutschen Parlaments, die im Juni 2000 Schweden und Norwegen besuchte. In Oslo traf die Delegation mit vier Mitgliedern der neuen Regierung der Arbeiterpartei unter Führung des 41-jährigen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg zusammen.

Sozialdemokratisches Netzwerk

Auf ihrer ersten „baltic sea conference“ trafen sich Vertreter sozialdemokratischer Parteien rund um die Ostsee am 25. und 26. August 2000 zu einer Konferenz in Roskilde, Dänemark. Für die schleswig-holsteinische SPD haben der Landtagsabgeordnete Rolf Fischer und aus der Landesgeschäftsstelle Klaus Moseleit daran teilgenommen. Dabei kamen alle Teilnehmer überein, ihre Zusammenarbeit zu verstetigen und ein Netzwerk der sozialdemokratischen Parteien im Ostseeraum aufzubauen. Es wurde vereinbart, dass die dänischen, schwedi-

schen und deutschen Sozialdemokraten ihre Kolleginnen und Kollegen bei ihrer Organisationsentwicklung und bei den Wahlkämpfen unterstützen werden. Die nächste Konferenz wird in der ersten Hälfte von 2001 in Schleswig-Holstein stattfinden und sich mit den sozialdemokratischen Antworten auf die zentralen Fragen des 21. Jahrhunderts beschäftigen. Eine weitere Konferenz ist im Herbst 2001 in Polen geplant.

Eine internationale Ostsee-Sommerakademie und eine Ostsee-Jugendstiftung sollen die Kontakte in Nordeuropa vertiefen. Einstimmig verabschiedeten die Teilnehmer der 9. Baltic-Sea-Parliamentarian-Conference am 5. September 2000 im schwedischen Malmö diese von schleswig-holsteinischen Parlamentariern aus Bund und Land eingebrachte Forderung in ihrer Abschlussresolution.

Im September 2000 besuchte Franz Thönnies die Zentralen der sozialdemokratischen Schwesterparteien in Kopenhagen und Stockholm. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen der Programmdiskussion, der Nutzung des Internets für die politische Arbeit sowie die parteiinterne Kommunikation und die internationale Arbeit im Ostsee-Raum. Den Aufenthalt in Kopenhagen nutzte Franz Thönnies zu einem Erfahrungsaustausch mit dem dänischen Arbeitsminister Ove Hygum über aktive Arbeitsmarktpolitik und das Instrument der Job-Rotation als ein Element zur Umsetzung des Prinzips des lebenslangen Lernens.

Franz Thönnies wurde am 19. September 2000 in den Vorstand der norwegisch-deutschen Willy-Brandt-Stiftung berufen.

Die Arbeit des Landesausschusses

Der Beginn unserer Arbeit im Sommer 1999 war geprägt von der innerparteilichen Aufarbeitung des desolaten Bildes, das die Bundesregierung in der Öffentlichkeit bot, der Diskussion um das Zukunftsprogramm der Partei und der Debatte um die Fortschreibung beziehungsweise Neufassung des Grundsatzzprogrammes.

Bis zur Landtagswahl hat sich der Landesausschuss auf die satzungsgemäßen Aufgaben beschränkt. Nach der erfolgreichen Landtagswahl wurden neben den durch das aktuelle Tagesgeschehen erforderlichen Berichten und Diskussionen über die Landespolitik folgende Themen, teilweise in mehreren Sitzungen behandelt:

- Demokratie braucht Partei – die Chance der SPD. Hierzu stand Franz Müntefering als Referent und Diskussionspartner zur Verfügung. In einer weiteren Sitzung erläuterte Sven Zylla die Möglichkeiten Kumulierens und Panaschierens bei Kommunalwahlen.
- ZINS 21: Franz Thönnies stellte die zukünftigen politischen Schwerpunkte des Landesvorstandes vor.
- Zukünftige Beziehung zwischen Land und Kommunen, eine Podiumsdiskussion mit Lothar Hay,

Claus Möller, Heide Simonis, Klaus Buß und Hans Leppin, SGK-Vorsitzender.

- Kommunalen Finanzausgleich: intensive Diskussionen zwischen Kommunalpolitik und Landesregierung.
- Reform der Kommunalverfassung: Klaus Buß gab einen ersten Überblick über Änderungsvorstellungen der Landesregierung.
- Service 21, die Umstrukturierung der Parteiorganisation auf Landesebene.
- Rentenstrukturreform: Die Parlamentarische Staatssekretärin Ulrike Mascher stellte das Konzept der Bundesregierung vor.
- Landesausschuss-Satzungsänderung: Dieses Thema wurden ebenfalls in mehreren Sitzungen behandelt. Hier möchten wir auf die vorliegenden Anträge zur Satzungsänderung verweisen.

Finanzminister Claus Möller hat auf allen Landesausschuss-Sitzungen für Fragen und Kritiken an die Adresse der Landesregierung Rede und Antwort gestanden.

Christel Buchholz, Heiko Winckel-Rienhoff

Bericht der Landesschiedskommission

Im Berichtszeitraum ist erfreulicherweise nur ein Parteiordnungsverfahren bei der Landesschiedskommission anhängig gewesen. Die Ausschlussentscheidung der Vorinstanz wurde aufrecht erhalten,

da die Berufung unzulässig war. Die Landesschiedskommission hat mit Joachim Scheidler als Vorsitzendem, Marion Eckertz-Höfer als Beisitzerin und Norbert Scharbach als Beisitzer entschieden.

Aus der Arbeit der Landesgeschäftsstelle

Die Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Die Pressearbeit wurde Mitte 2000 neu geordnet. Nach der Beendigung des Vertrages über die gemeinsame Pressestelle mit der SPD-Landtagsfraktion werden die Medien jetzt aus der Landesgeschäftsstelle betreut. Die Aufgaben des Pressesprechers für den Landesverband hat Landesgeschäftsführer Christian Kröning übernommen. Neue Pressesprecherin der Fraktion wurde Petra Bräutigam.

In der Öffentlichkeitsarbeit gewinnt das Internet immer größere Bedeutung. Zum Landtagswahlkampf wurde die Homepage des SPD-Landesverbands mit neuem Design überarbeitet. Zusätzlich wurde eine persönliche Homepage für Ministerpräsidentin Heide Simonis eingerichtet. Die Homepage des SPD-Landesverbands hat bei einem unabhängigen Vergleich der Angebote aller SPD-Landesverbände den zweiten Platz belegt.

Regelmäßig werden alle Mitglieder in Schleswig-Holstein über die Regionalausgabe des Vorwärts informiert. Drei- bis viermal pro Jahr erhalten die Bürgerzeitungen einen Artikeldienst des Landesverbandes. Dieser Dienst wird bereits zum großen Teil per E-Mail abgewickelt, womit häufigere, auch kurzfristige Informationen möglich sind.

Die Bildungsarbeit

Ausgehend von den Bewertungen und Erfahrungen aus dem Kommunalwahlkampf 1998 und dem Bundestagswahlkampf 1998 haben wir die Bildungsarbeit ab 1999 auf drei Säulen gestellt:

- Zentrale Seminare in Malente
- Regionale Angebote
- In die Offensive gehen

Zentrale Seminare in Malente

Neumitglieder-Seminare: Wir haben im Berichtszeitraum sieben Neumitglieder-Seminare mit etwa 150 Teilnehmern durchgeführt. Viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer übernehmen anschließend Aufgaben in der Partei und melden sich zu weiteren Seminaren an. Dieses Seminar gibt offensichtlich einen kräftigen Motivationsschub, sich zu engagieren. Da die Aufnahme von Neumitgliedern vor Ort nach wie vor unzureichend gehandhabt wird, ist die Weiterführung von Neumitglieder-Seminaren ein Muss! Inhaltliche Schwerpunkte sind:

- Geschichte der SPD
- Programme, besonders das Berliner Programm
- Strukturen und Organisation der Partei



- Kommunalpolitik
- Möglichkeiten der Mitarbeit in der Partei

Auffallend ist, dass zunehmend der kommunalpolitische Teil großes Interesse stößt.

Seminarreihe „Führung + Verantwortung“: Diese Seminarreihe ist mittlerweile ein fester Bestandteil mit einem großen Nutzen für die ehrenamtlich tätigen Genossinnen und Genossen. Auffallend ist, dass viele Genossinnen und Genossen, die ein Neumitgliederseminar besucht haben, sich später hierfür anmelden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Seminars sind Multiplikatoren in der Parteiarbeit und ein wichtiges Potenzial für Veränderungsprozesse. Bisher führen wir eine Seminarreihe von jeweils vier Wochenenden pro Jahr durch. 1999 haben wir die einzelnen Bausteine überarbeitet und an neue Bedürfnisse und Herausforderungen angepasst. Inhaltliche Schwerpunkte:

- Erfolgreich moderieren
- Kreativität und Ideenfindung
- Kommunikation
- Öffentlichkeitsarbeit

Außerdem finanzieren wir mit dem Bildungsetat auch Seminare der Arbeitsgemeinschaften, SGK und Foren. Sie führen eigenständig konzipierte Seminare durch, die 1999 schwerpunktmäßig auf den Landtagswahlkampf ausgerichtet waren.

Regionale Angebote

Aus unterschiedlichen Gründen ist es nicht allen GenossInnen möglich, ganze Wochenenden zum Seminar zu fahren. Deshalb gibt es unser Angebot, Bausteine aus „Führung + Verantwortung“ in Tages- oder Abendseminaren durchzuführen. In einigen Kreisverbänden sind Seminare mit folgenden Inhalten durchgeführt worden:

- Veranstaltungsplanung, -durchführung und -design
- Ideenfindung für Projekte und Organisation von Projektarbeit
- Strategiewerkstätten
- Öffentlichkeitsarbeit
- Konfliktbearbeitung
- neue Arbeits- und Organisationsformen
- Erstellung und Gestaltung von Bürgerzeitungen
- Moderation von Klausuren (Ortvereine, Kreistagsfraktionen, Arbeitskreise).

In die Offensive gehen:

Nach dem Motto „Startschüsse brauchen nicht laut zu sein. Wichtig ist, daß ihnen ein Rennen folgt“

haben wir im Frühjahr 1999 mit einem landesweiten Bildungstag in Neumünster eine Offensive gestartet. Dazu gibt es einen kurzen Bericht im letzten Geschäftsbericht. Diese Offensive sollte deutlich machen, dass ein großer Teil der Arbeit der Teamerinnen und Teamer auf die notwendigen Veränderungsprozesse der Partei ausgerichtet sind. Zur Innovation bedarf es vor allem Kreativität, Spontaneität, Risikofreudigkeit, Teamworking und Mut zum Querdenken. Die Annahme dieses Angebots ist allerdings unzureichend, Veränderungen sind wenig zu spüren. Deshalb ist auch das Projekt „Zukunftswerkstatt Bürgergesellschaft“, in dem zwei Teamerinnen mitarbeiten, notwendig und wichtig. Die Ergebnisse werden entsprechenden Einfluss auf die zukünftige Bildungsarbeit ausüben.

Bericht der Revisionskommission

Am 24. und 25. April 1999 wurden auf dem Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein in Reinbek zu Revisoren gewählt: Bärbel Bergner (Tangstedt), Eckart Finger (Kiel), Helga Hein (Neumünster), Gerhard Nowak (Meldorf), Renate Pfau (Heikendorf).

Auf der konstituierenden Sitzung der Revisionskommission am 15. Juli 1999 in der Landesgeschäftsstelle wurde Gerhard Nowak als Vorsitzender und Renate Pfau als seine Vertreterin gewählt. Der Vorsitzende hat durch Teilnahme an fast allen Landesvorstandssitzungen und den meisten Landesausschüssen den Kontakt zu diesen Gremien gehalten und Informationen für Prüfungshandlungen erhalten. Er hat alle Protokolle der Vorstandssitzungen und alle Haushaltspläne erhalten.

Die Revisoren nahmen folgende Termine wahr:
 16. Dezember 1999: Rechenschaftsbericht 1998
 2. März 2000: Wahlergebnis 27. Februar 2000
 2. Mai 2000: Haushalt 2000, Strukturreform
 4. Juli 2000: Sonderbeiträge, Belegprüfungen
 26. September 2000: Abrechnung Landtagswahl, Rechenschaftsbericht 1999
 14. Dezember 2000: Strukturreform 2001–2005

Landesschatzmeister Volker Andresen hat am 24. März 2000 in der LV-Sitzung in Neumünster nach der gewonnenen Landtagswahl die Daten und Fakten über Wahlkampfkosten, Mitgliederentwicklung und Vermögensanteile auf allen Ebenen vorgelegt. Er hat Vorschläge zur Einnahmeverbesserung und zu Einsparungen gemacht und die Strukturreform angeregt. Die Revisoren unterstützen diese Maßnahmen und haben die Diskussion in der Partei und die Beschlüsse des Landesvorstandes vom 11. Dezember 2000 in Neumünster begleitet und für unabdingbar gehalten. Ohne eine solche Reform würden der Landesverband und die Kreisverbände weder finanziell noch politisch leistungsfähig bleiben.

Zum Thema Sonderbeiträge für SPD-Minister und Staatssekretäre forderten die Revisoren ein solidarisches Verhalten zur Einnahmeverbesserung. Ende Dezember 2000 wurde in Gesprächen mit den Ministern und Staatssekretären eine Einigung über die Höhe ihrer Sonderbeiträge erzielt. Damit ist ein über viele Jahre strittiges Thema vom Tisch.

Der Wahlkampfhaushalt 1999/2000 zeigt, dass zukünftig weniger Aufwand und mehr Rücklage erforderlich sind. Die Verschuldung ist Ursache der notwendigen Strukturreform. Diese ist mit „Service 21“ eingeleitet worden.

Die Umsetzung bis 2005 wird den SPD-Landesverband finanziell retten, die Organisation auf Landes- und Kreisebene verschlanken und hauptamtliche und ehrenamtliche Funktionen koordinieren und Kompetenz für politische Entscheidungen bündeln. Damit soll dem anhaltenden Mitgliederrückgang, den sinkenden Beitragseinnahmen, der Altersstruktur, den hohen Personalkosten entgegengewirkt werden unter Nutzung der neuen Informationstechnologien und der Medien.

Die Haushaltssanierung beginnt 2001 und hat das Ziel, bis 2005 4,7 Millionen Mark einzusparen und Schulden abzutragen. Der sozialverträgliche Stellenabbau wird durch Neuschneidung der vom Landesverband finanzierten Arbeitszeit in den Regionen K.E.R.N., Südwest, Südost und Nord garantiert. Alle Beteiligten sind aufgefordert, nach zusätzlichen und neuen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen (Stiftungen, Sponsoren). Die Revisoren werden den Strukturprozess begleiten und fördern.

Wir empfehlen dem Landesparteitag die Entlastung des Schatzmeisters und des Landesvorstandes, weil sich bei unseren Prüfungen keine wesentlichen Beanstandungen ergeben haben.

Gerhard Nowak

Der ordentliche Landesparteitag am 24. und 25. April 1999 in Reinbek

Die Wahl des neuen Landesvorsitzenden Franz Thönnes und die Nominierung von Heide Simonis als Spitzenkandidatin standen im Mittelpunkt des SPD-Landesparteitags am 24. und 25. April 1999 in Reinbek.

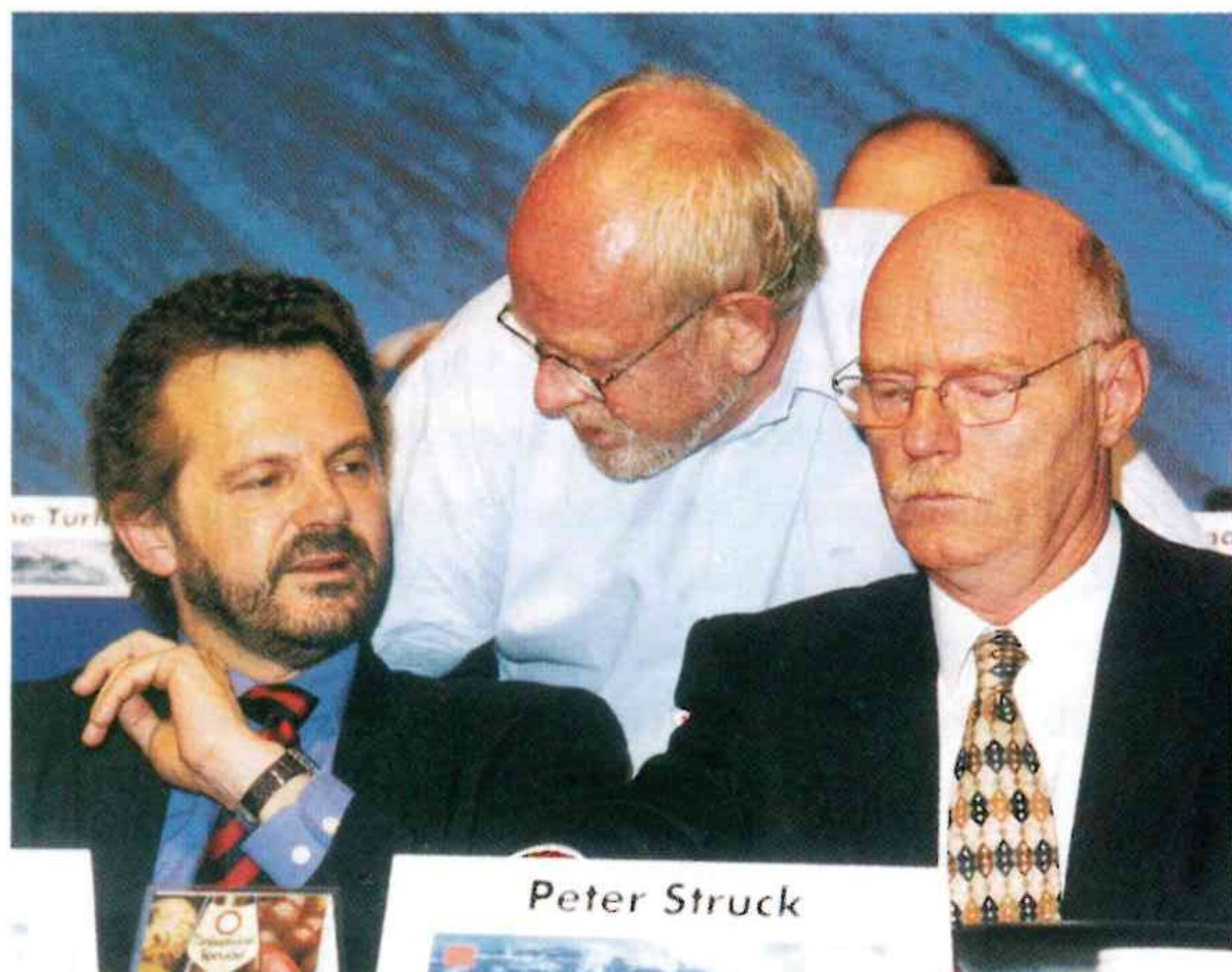
Vorstandswahl: Willi Piecyk übergab den Vorsitz an Franz Thönnes

Mit 88,7 Prozent der Stimmen wählten die Delegierten Franz Thönnes zum neuen Landesvorsitzenden. In seiner Rede machte er deutlich, welche Aufgaben sich die Partei für die kommende Legislaturperiode setzen wird. „Wir wollen, dass jeder junge Mensch nach der Schule eine Ausbildung oder Beschäftigung erhält,“ so eine seiner Kernaussagen. Mit einem zweistündigen Musik- und Kabarettprogramm wurde der bisherige Landesvorsitzende Willi Piecyk auf einem Parteifest verabschiedet.

Nominierung der Spitzenkandidatin Heide Simonis

Geschlossenheit und siegeswillen zeigte die schleswig-holsteinische SPD im Vorfeld des Landtagswahlkampfes. Einstimmig nominierten die Delegierten des Landesparteitages Ministerpräsidentin Heide Simonis als Spitzenkandidatin für die Landtagswahl.

An die Adresse der CDU gewandt sagte die Ministerpräsidentin: „Die Schleswig-Holsteiner vertrauen denjenigen, die mit ihnen die Zukunft gestalten und nicht denen, die das Land schlechtreden. Deswegen



Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Peter Struck schaltete sich in die Diskussion eines Antrages zum Kosovo-Konflikt ein, den Franz Thönnes und Eckart Kuhlwein maßgeblich formuliert hatten.



Willi Piecyk (rechts) übergab nach acht Jahren den Landesvorsitz an Franz Thönnes, Ministerpräsidentin Heide Simonis gratuliert mit Blumen.

bin ich zuversichtlich, dass sie mit uns eine Politik für die Menschen und für unser Land fortsetzen wollen. Deshalb bleibt der Dreh- und Angelpunkt unserer Politik: Arbeitsplätze schaffen und Arbeitsplätze sichern. Wir haben uns für die nächsten fünf Jahre ein ehrgeiziges Ziel gesteckt: Kein Arbeitswilliger soll länger als ein halbes Jahr arbeitslos sein!"

Kosovo-Konflikt: Unterstützung für die Bundesregierung

In die Diskussion über einen Initiativantrag für eine politische Lösung des Kosovo-Konflikts griff auch der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, ein, der als Gast zum Landesparteitag gekommen war. Er nannte es eine „tragische Situation“, dass die erste rot-grüne Bundesregierung die Entscheidung für die NATO-Einsätze mit tragen mußte. Der Krieg habe nicht mit den Luftangriffen der Allianz begonnen, sondern mit den Vertreibungsaktionen Milosevics. Völkische Gewaltpolitik dürfe nicht zugelassen werden. „Für eine deutsche Beteiligung an Bodentruppen wird es im Bundestag keine Mehrheit geben“, erklärte der Fraktionsvorsitzende. Er selbst werde dafür nicht die Hand heben.

Nach langer, konzentrierter Diskussion wurde der Initiativantrag mit großer Mehrheit verabschiedet.

Der SPD-Landesvorstand, gewählt am 24. und 25. April 1999

Vorsitzender: Franz Thönnies

Erste Stellvertreterin: Ulrike Rodust

Zweiter Stellvertreter: Jörg Schmoll

Schatzmeisterin: Sonja Jacobsen

Beisitzerinnen und Beisitzer:

Ahmet Akkaya, Volker Andresen, Andreas Beran,
Mathias Boysen, Ute Büchmann, Kirsten Jöhnck,
Eckart Kuhlwein, Susanne Lapp, Ulrike Mehl,
Claus Möller, Thomas Neddermeyer,
Ute Rickert-Ziems, Susanne Turlach



Ulrike Rodust und Jörg Schmoll, die stellvertretenden Vorsitzenden, nach ihrer Wahl in Reinbek.

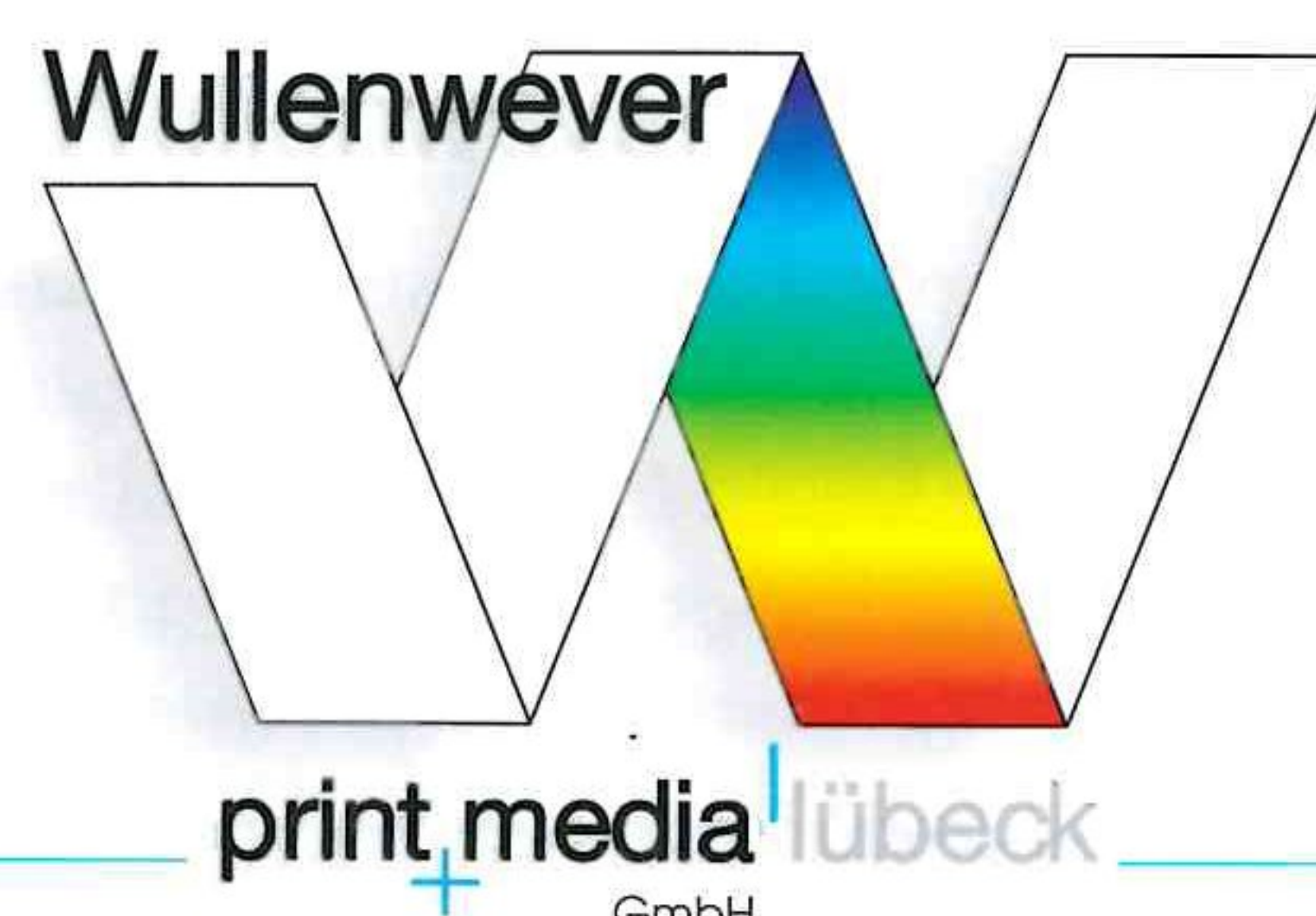
Danach wurde die Bundesregierung in ihrem Kurs unterstützt und eine Sondermission des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan gefordert. Weiter wurde die Notwendigkeit vertrauensbildender Maßnahmen gegenüber Ost-Europa und insbesondere Rußland betont.

Weltweit konnte der Landesparteitag im Internet mitverfolgt werden. Die Homepage des SPD-Landesverbands www.spd-schleswig-holstein.de präsentieren sich in neuem Design. Dort wurden Anträgen, Beschlüssen, Wahlergebnissen und Fotos dokumentiert.



Voller Einsatz.....
für zufriedene
Kunden

Die leistungsfähige
Druckerei mit dem persönlichen
Service bietet modernste Technik



Satz- und Lithoherstellung
Qualitäts-Offsetdruck
Weiterverarbeitung
Digitalisierte Printprodukte
für **neue Medien**

Wullenwever print+media Lübeck GmbH
Grapengießerstraße 30 · 23556 Lübeck
Tel.: 0451/879880 · Fax: 0451/8798834/66
ISDN: 0451/87988681
E-Mail: info@wullenwever-printmedia.de
Internet: www.wullenwever-printmedia.de

Der Nominierungs-Parteitag am 9. Oktober 1999 in Damp



Heide Simonis genoss die Aufbruchstimmung des SPD-Landesparteitags, der sie mit 98 Prozent der Stimmen auf Platz eins der Landesliste nominierte.

Mit einem Traumergebnis für Ministerpräsidentin Heide Simonis und viel Beifall für Bundeskanzler Gerhard Schröder zeigte der Landesparteitag am 9. Oktober in Damp Geschlossenheit und Siegeswillen der Sozialdemokratie.

Unser Parteitag des Aufbruchs

Der Landesparteitag am 9. Oktober im Congress-Centrum Damp stattete Ministerpräsidentin Heide Simonis mit einem überzeugenden Votum aus: 98 Prozent der Delegierten wählten Heide Simonis an Platz eins der Landesliste. Das Wahlergebnis und die Rede der Ministerpräsidentin wurden vom Parteitag mit begeistertem Beifall belohnt.

Stolze Bilanz der Landesregierung

Heide Simonis stellte die Erfolge ihrer Regierungszeit in Schleswig-Holstein dar. Insbesondere die Arbeitsmarktpolitik habe vielen Menschen geholfen. Am 27. Februar 2000 gehe es nicht nur darum, dass die einzige Regierungs-Chefin in Deutschland „an

Bord bleibe“. Die erfolgreiche Politik für Schleswig-Holstein müsse fortgesetzt werden. Die Ministerpräsidentin: „Arbeitsplätze schaffen, Arbeit gerechter verteilen, und niemand auf der Strecke lassen!“

Der SPD-Landesvorsitzende Franz Thönnies sprach in seiner Rede von einem „Parteitag des Aufbruchs“, der die Weichen für die Landtagswahl am 27. Februar 2000 stelle. „Wir wollen die Landtagswahl gewinnen. Wir wollen, dass Heide Simonis Ministerpräsidentin unseres Landes bleibt. Wer Sozi ist in Schleswig-Holstein, der steht jetzt auf!“, gab der Landesvorsitzende die Richtung vor.

Rückenwind vom Bundeskanzler

Mit Rückenwind durch den Besuch des SPD-Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Gerhard Schröder, war der Parteitag gestartet. Mit langem, stehendem Applaus bedachten die 159 Delegierten und zahlreiche Gäste die Rede von Gerhard Schröder am Vormittag.

Der Kanzler zog eine positive Bilanz des ersten Jahres sozialdemokratischer Regierungsverantwortung in Bonn und Berlin. „Wir haben als erstes die Versprechen erfüllt, die wir den Gewerkschaften gemacht hatten“, sagte Schröder. Die Wiederherstellung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und des Kündigungsschutzes hätten zu den ersten Amtshandlungen seiner Regierung gehört.



Bundeskanzler Gerhard Schröder bekam von den Delegierten der schleswig-holsteinischen SPD großen Beifall und unterstützte mit seinem Besuch Ministerpräsidentin Heide Simonis vor der Landtagswahl.

Weiter verabschiedete der Parteitag das Regierungsprogramm 2000 bis 2005. Dazu wurden über 450 Anträge von der Parteibasis beraten.

Als Landeswahlkonferenz stellte die Versammlung die Landesliste der SPD für die Landtagswahl am 27. Februar auf (siehe unten).

Die Landesliste zur Landtagswahl 2000

- 1 Heide Simonis (Kiel-Ost)
- 2 Heinz-Werner Arens (Dithmarschen-Nord)
- 3 Lothar Hay (Flensburg-Ost)
- 4 Ute Erdsiek-Rave (Rendsburg-Ost)
- 5 Heide Moser (Norderstedt)
- 6 Holger Astrup (Schleswig-Süd)
- 7 Uschi Kähler (Plön-Nord)
- 8 Klaus Buß (Rendsburg-Süd)
- 9 Sandra Redmann (Eutin-Süd)
- 10 Konrad Nabel (Ahrensburg)
- 11 Ingrid Franzen (Flensburg-West)
- 12 Jürgen Weber (Kiel-Mitte)
- 13 Gisela Böhrk (Lübeck-Süd)
- 14 Ulf von Hielmcrone (Husum-Eiderstedt)
- 15 Ulrike Rodust (Eckernförde)
- 16 Wolfgang Baasch (Lübeck-Mitte)
- 17 Gabriele Kötschau (Flensburg-Land)
- 18 Klaus-Peter Puls (Reinbek)
- 19 Birgit Herdejürgen (Steinburg-Ost)
- 20 Günther Neugebauer (Rendsburg)
- 21 Renate Gröpel (Lübeck-Ost)
- 22 Bernd Schröder (Pinneberg)
- 23 Anna Schlosser-Keichel (Schleswig-Nord)
- 24 Peter Eichstädt (Lauenburg-Nord)
- 25 Roswitha Müllerwiebus (Pinneberg-Nord)
- 26 Friedrich-Carl Wodarz (Stormarn)
- 27 Jutta Schümann (Neumünster-Nord)
- 28 Ralf Hoyer (Südtondern)
- 29 Astrid Höfs (Segeberg-Ost)
- 30 Hermann Benker (Eutin-Nord)
- 31 Sigrid Tenor-Alschausky (Elmshorn)
- 32 Günther Fleskes (Husum-Land)
- 33 Maren Kruse (Lauenburg-Süd)
- 34 Gerhard Poppendiecker (Oldenburg)
- 35 Gudrun Kockmann-Schadendorf (Segeberg-West)
- 36 Helmut Jacobs (Steinburg-West)
- 37 Andreas Beran (Segeberg-Mitte)
- 38 Sebastian Kimstädt (ohne, KV-Pinneberg)
- 39 Klaus-Dieter Müller (Kiel-Südwest)
- 40 Wilhelm Malerius (Dithmarschen-Süd)
- 41 Rolf Fischer (Kiel-Nord)
- 42 Wolfgang Fuß (Lauenburg-Mitte)
- 43 Arno Jahner (Neumünster)
- 44 Henning Höppner (Plön-Süd)
- 45 Thomas Rother (Lübeck-Nord)
- 46 Bettina Hagedorn (ohne, KV-Ostholstein)
- 47 Helmut Plüschau (Pinneberg-Elbmaschen)
- 48 Elfriede Marx (ohne, KV-Segeberg)

AUSSEN-WERBEMITTEL

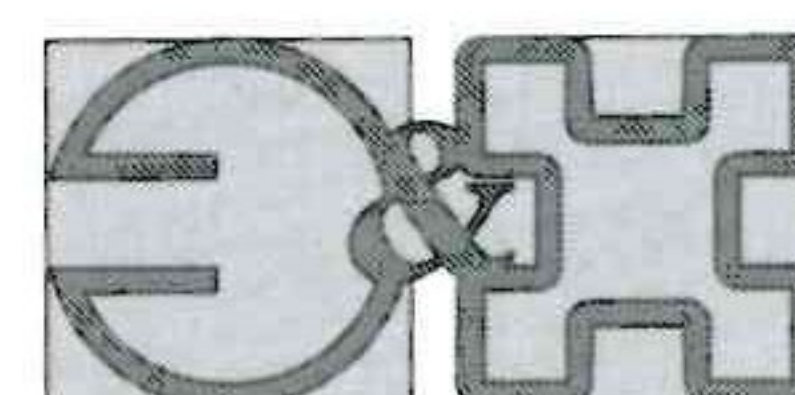
Direkt vom Hersteller:

- Dreieckaufsteller
- Prospektständer
- Informationstische
- Mastanhänger
- Einzelstellflächen
- Dachständer

mit Esprit



Fordern Sie
unseren
kostenlosen
Prospekt an!



SR+BRT System-Technik
FAULENBACH GmbH & Co.KG

In der Meffert 21 · 42799 Leichlingen
Telefon 02175-3666 · Fax 02175-6933
E-Mail: srinfo@SR-FAULENBACH.de
Internet: www.SR-FAULENBACH.de

Nachwahlen zum Landesvorstand

Volker Andresen wurde vom Landesparteitag am 9. November in Damp zum neuen Schatzmeister des SPD-Landesverbands gewählt. Seine Vorgängerin Sonja Jacobsen hatte das Amt kurzfristig aus beruflichen Gründen niederlegen müssen. Der SPD-Landesvorsitzende Franz Thönnies dankte ihr für die langjährige Arbeit im Vorstand.

Als Beisitzerin wurde Angelika Hansen-Siebels auf Vorschlag der Kreisverbände Dithmarschen und Nordfriesland in den Landesvorstand gewählt.

Der Landtagswahlkampf

Die Landtagswahl am 27. Februar 2000 war die größte Herausforderung Berichtszeitraum. Dabei konnte die SPD mit ihrem Wahlkampf neue Maßstäbe für Schleswig-Holstein setzen.

Schon der Landesparteitag am 24. und 25. April 1999 in Reinbek präsentierte sich im neuen Design: mit blauer Welle und dem Slogan „Volle Kraft für unser Land“. Die SPD hat in Schleswig-Holstein einen sehr engagierten und modernen Wahlkampf geführt. Diese Einschätzung spiegelt sich auch in Umfrage-Ergebnissen und den Stimmen der Kommentatoren. Die neue Werbelinie und die Ausrichtung auf die Spitzenkandidatin war erfolgreich. Das hohe Ansehen von Ministerpräsidentin Heide Simonis hat die Wahl entschieden.

Viel Unterstützung fand die Partei zwischen den Meeren beim Parteivorstand in Berlin. Großveranstaltungen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und SPD-Generalsekretär Franz Müntefering zogen tausende Interessierte an. Eine Umfrage bei den Ortsvereinen zeigte, dass Wahlkampfmaterial und -veranstaltungen ein gutes Echo gefunden hatten.



Ministerpräsidentin Heide Simonis und Bundeskanzler Gerhard Schröder in der Kieler Ostseehalle.

Neben der Parteiorganisation arbeiteten im Wahlkampf fünf Wählerinitiativen für Heide Simonis. Erstmals gab es eine Initiative, die von Frauen getra-

Fünf Wählerinitiativen für Heide Simonis

Nobelpreisträger Günter Grass ist der wohl prominenteste Wahlkämpfer für Heide Simonis. Der Schriftsteller engagierte sich in der Wählerinitiative „win 2000“, in der der Kieler Kunstprofessor Bernhard Schwichtenberg Kulturschaffende um sich geschart hatte.

Mit Prominenten Namen konnte auch die Frauen-Initiative „Heide hats“ aufwarten. Unter dem Emblem eines roten Hutes fanden sich unter anderen die Schauspielerinnen Barbara Auer, Senta Berger und Renan Demirkan, die Sängerin Katja Epstein, die Schriftstellerin Leonie Ossowski und die Kabarettistin Lisa Fitz zusammen. Am 28. Januar 2000 veranstaltete „Heide hats“ ein großes Kulturfest in der Lübecker Musik- und Kongresshalle für die Ministerpräsidentin.

Unter dem Motto Wahlkampf im Netz hatte sich eine Gruppe von Internet-Aktiven aus dem ganzen Land als „win-sh 2000“ formiert.

Die Wählerinitiative „Arbeitswelt“ wurde vor allem von Kolleginnen und Kollegen aus dem gewerkschaftlichen Bereich getragen. Mit Spendengeldern bezahlte Zeitungsanzeigen warben für Heide Simonis.

Mit einer Plakat-Aktion war die Initiative „Mittelstand für Heide Simonis“ in der heißen Wahlkampf-Phase vertreten.



Der rote Hut wurde schnell zu einem Markenzeichen der Wählerinitiative „Heide hats“. (Foto: Markus Scholz)

gen wurde und eine Gruppe, die im Internet Wahlkampf betrieb. Mit Günter Grass mischte sich sogar ein Nobelpreisträger ins Geschehen ein.

Gründliche Vorbereitung

Alle Ebenen der Partei-Organisation bereitet sich systematisch auf den bevorstehenden Landtags-Wahlkampf vor. Auf einer landesweiten Organisations-Konferenz wurden die Eckpunkte der Werbestrategie vorgestellt.

120 Genossinnen und Genossen aus Schleswig-Holstein waren am 10. September nach Bad Bramstedt gekommen. Viele Wahlkreis-Kandidatinnen und -Kandidaten waren selbst angereist, andere ließen sich durch Mitglieder ihrer Wahlkampf-Teams vertreten.

Wahlkampfauftakt mit skandinavischen Gästen

Mit einem Wahlkampf-Auftakt nach Maß startete die SPD Schleswig-Holstein in das neue Jahrhundert. Das Fährterminal am Kieler Norwegenkai konnte die 1000 Gäste kaum fassen.

Der SPD-Landesvorsitzende Franz Thönnies konnte neben Bundeskanzler Gerhard Schröder und Ministerpräsidentin Heide Simonis die drei sozialdemokratischen Regierungs-Chefs aus Schweden, Finnland und Dänemark begrüßen.

Erfolgreiche Veranstaltungen

Auf vier Großveranstaltungen, davon drei mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, zeigte die Partei ein modernes Wahlkampfkonzept. Großes Interesse fand auch die Veranstaltungsreihe „Kein Blatt vorm Mund“, Talkabende mit Heide Simonis in allen Regionen des Landes. Auch auf Plattdeutsch wurde Wahlkampf gemacht: An 19 Orten waren Heinz-



Nobelpreisträger Günter Grass, Bundeskanzler Gerhard Schröder und Ministerpräsidentin Heide Simonis suchten das Gespräch mit Björn Engholm und Kulturschaffenden aus dem Lande. (Foto: Markus Scholz)



Ministerpräsidentin Heide Simonis unterstützte Bernd Saxe im Lübecker Bürgermeister-Wahlkampf – trotz strömenden Regens erfolgreich.

Rückenwind aus Lübeck

Mit 57,4 Prozent der Stimmen hat Bernd Saxe die Lübecker Bürgermeisterwahl am 19. Dezember gewonnen. „Der Wahlsieg von Bernd Saxe ist ein großer persönlicher Erfolg und das Ergebnis eines tollen Endsprints der Lübecker SPD“, so SPD-Landesvorsitzender Franz Thönnies.

Werner Arens, Lothar Hay und Claus Möller mit „Talk op Platt“ zu Gast.

Ministerpräsidentin Heide Simonis besuchte alle Landesteile und führte „Gespräche vor Ort“.

Auf der zentralen Abschlussveranstaltung in Lübeck unterstützten Franz Müntefering und Nobelpreisträger Günter Grass die Ministerpräsidentin.

Politik und Kunst

Politik und Kunst sind keine Gegensätze, sondern bereichern sich gegenseitig. Das war das Leitmotiv der Einladung von Gerhard Schröder an 50 Kunst- und Kulturschaffende aus Schleswig-Holstein nach Lübeck. Björn Engholm hatte den Kontakt möglich gemacht, und gemeinsam mit Günter Grass und Heide Simonis gab es ein dreistündiges, fruchtbares Gespräch.

Björn Engholm wollte in das aktuelle Wahlkampfgeschehen nicht eingreifen. Wenn es allerdings darum ginge, Politik und Kultur zusammen zu bringen, dann beteilige er sich gern an dieser Form des Wahlkampfes, so der frühere Ministerpräsident.

Die Landtagswahl am 27. Februar 2000

Die SPD in Schleswig-Holstein hat am 27. Februar einen großen Wahlsieg errungen und alle Wahlziele erreicht:

■ Die SPD ist mit großem Abstand zur CDU die stärkste politische Kraft in Schleswig-Holstein. Der Vorsprung vor den Konservativen konnte gegenüber

1996 mehr als verdoppelt werden und beträgt jetzt fast acht Prozentpunkte.

■ Heide Simonis bleibt nach einem tollen persönlichen Wahlkampf unsere Ministerpräsidentin.

■ In Schleswig-Holstein gibt es weiterhin eine stabile rot-grüne Regierungsmehrheit.

■ Wahlsieger ist auch die Demokratie. Die Menschen in Schleswig-Holstein haben mit der hohen Wahlbeteiligung gezeigt, dass unsere Demokratie stabil ist. Rechtsradikale spielen bei uns absolut keine Rolle.

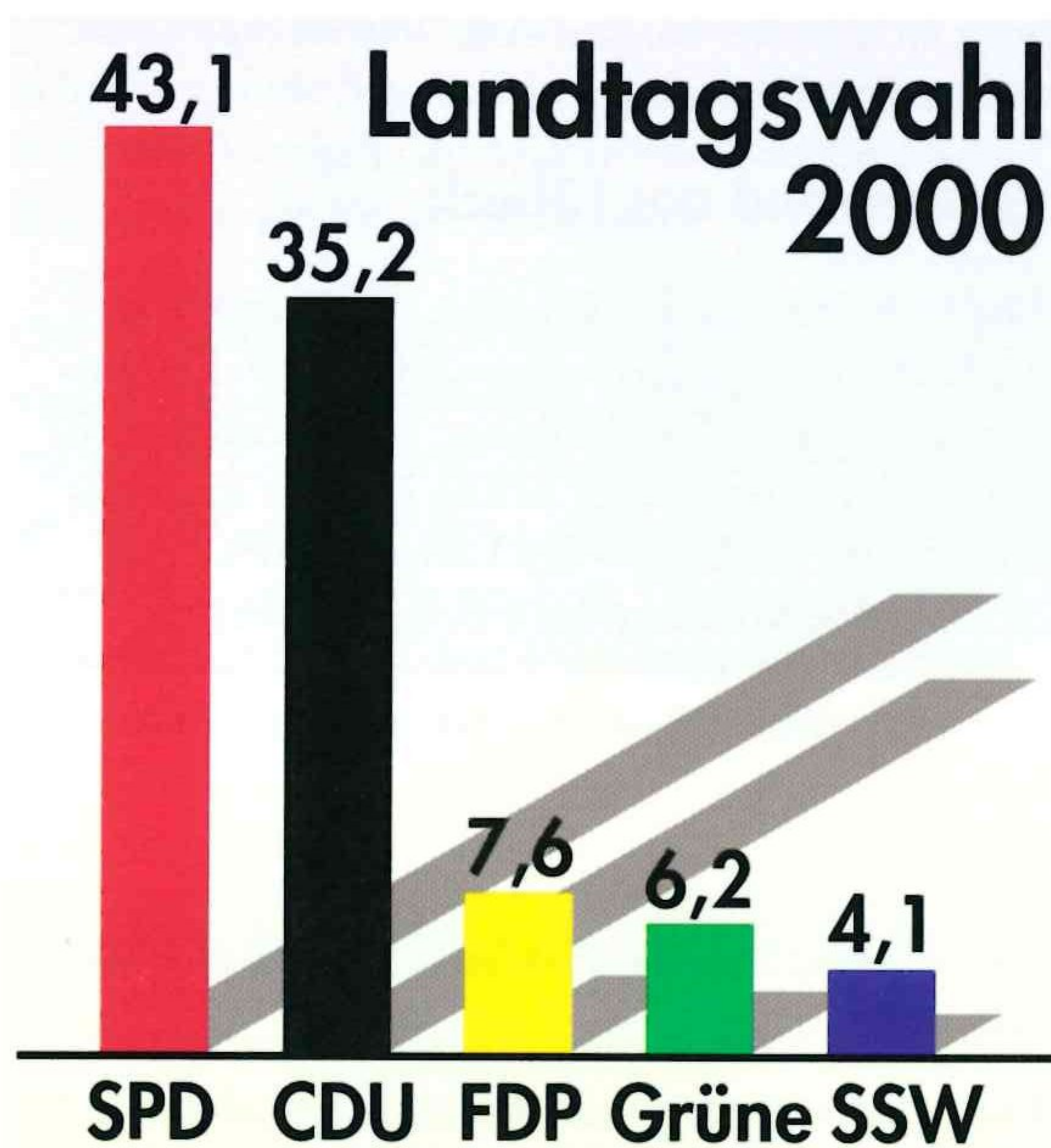
■ Die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD haben 41 von 45 Wahlkreisen direkt gewonnen.

Das Wahlergebnis ist ein Vertrauensbeweis für fünf Jahre Regierungsarbeit in Kiel. Wahlforscher haben darauf hingewiesen, dass die Landespolitik bei den Wählerinnen und Wählern im Vordergrund stand.

Nur elf Prozent gaben an, die CDU-Spendenaffäre sei entscheidend gewesen.

Sehr erfolgreich war die SPD bei den Wählerinnen. Die Stimmengewinne bei den Frauen waren fast doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Umgekehrt mussten die Konservativen bei den Wählerinnen besonders hohe Stimmenverluste hinnehmen.

Große Zuwächse erreichte die SPD im Hamburger Umland. Die landesweit besten Ergebnisse fuhr die Spitzenkandidatin, Ministerpräsidentin Heide Simonis, in ihrem Wahlkreis ein: 65,2 Prozent Erststimmen und 53,0 Prozent Zweitstimmen.



Das Landes-Kabinett

Am Kabinetttisch von Ministerpräsidentin Heide Simonis nahmen nach der Landtagswahl erstmals mehr Frauen als Männer platz.

- Justiz, Frauen, Familie und Jugend, stellvertretende Ministerpräsidentin: Anne Lütkes (Grüne)
- Inneres: Klaus Buß (SPD)
- Wirtschaft, Verkehr und Technologie: Bernd Rohwer (SPD)
- Ländliche Räume, Landesentwicklung, Landwirtschaft und Tourismus: Ingrid Franzen (SPD)
- Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur: Ute Erdsiek-Rave (SPD)
- Soziales, Arbeit und Gesundheit: Heide Moser (SPD)
- Finanzen und Energie: Claus Möller (SPD)
- Umwelt, Naturschutz und Forsten: Klaus Müller (Grüne)

Der Koalitions-Parteitag am 26. März 2000



Auf dem Landesparteitag fand Heide Simonis große Unterstützung für den Koalitionsvertrag.

Koalition mit klaren Zielen

Nur drei Wochen nach der Wahl konnten SPD und Grüne den Koalitionsvertrag der Öffentlichkeit vorstellen. Damit wurden noch vor der Konstituierung des Landtages die Weichen für die Regierungsarbeit der nächsten fünf Jahre gestellt. Die Verhandlungen fanden in einer guten und konstruktiven Atmosphäre statt. Schließlich konnten die Verhandlungsdelegationen auf den Erfolgen der letzten Legislaturperiode aufbauen.

Die Zusammensetzung der neuen Landesregierung setzt Zeichen. Erstmals wird eine Regierung in Deutschland mehrheitlich von Frauen gestellt.

Schwerpunkte der Vereinbarung sind Arbeit und Bildung. So werden in den Jahren 2001 bis 2005 insgesamt 1000 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt. Die Schulklassen sollen nicht größer werden.

„Arbeit für alle“ bleibt die zentrale Aufgabe der Landespolitik. Dazu sollen die Regionen wirtschaftlich und technologisch gestärkt werden. Für die Reform der Arbeitsförderung setzen sich die Koalitionspartner ein ehrgeiziges Ziel. Zum Ende der Legislaturperiode soll in Schleswig-Holstein kein Arbeitswilliger länger als sechs Monate arbeitslos sein. Dies war eine der Kernforderungen des SPD-Wahlprogramms.

Schleswig-Holstein wird sich als weltoffenes Land profilieren. Die guten Beziehungen im Nord- und Ostseeraum sollen weiter ausgebaut werden. Die freie und soziale Bürgergesellschaft, in der soziale Sicherheit und Gerechtigkeit herrschen, beschreibt das gesellschaftspolitische Ziel der Koalition.

Klares Votum für die Koalition

Einstimmig gaben die Delegierten des Landesparteitags am 26. März 2000 in Lübeck dem Koalitionsvertrag ihre Zustimmung – ein Bekenntnis zur Regierungsverantwortung und zu Ministerpräsidentin Heide Simonis, wie es klarer nicht sein konnte. Am Vortag hatte auch die Landesdelegiertenkonferenz der Grünen mit großer Mehrheit für das Regierungsbündnis votiert.

Heide Simonis dankte der Partei und den Wählerinitiativen für die große Unterstützung im Wahlkampf. Drei Leitprojekte werde die neue Landesregierung verfolgen: Arbeit, Bildung und Innovation. Heide Simonis: „Kein junger Mensch darf von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. Das muss und wird für uns auch künftig obenan stehen.“ Das neue Kabinett werde gut zusammenarbeiten. Den ausscheidenden Ministern dankte sie für ihre Arbeit.

„Ich habe für diese Politik mit guten Argumenten um Vertrauen geworben“, sagte Heide Simonis. Sie habe dieses Vertrauen von den Wählerinnen und Wählern für fünf Jahre bekommen und werde es fünf Jahre lang nicht enttäuschen.

Der SPD-Landesvorsitzende Franz Thönnies hob die Signalwirkung hervor, die erste Wahl im neuen Jahrhundert gewonnen zu haben. „Wir haben jetzt die Chance und die Möglichkeit, unser Land in diesem Jahrzehnt nach sozialdemokratischen Werten und Zielen zu gestalten“, so seine Zukunfts-Perspektive.



Nur drei Wochen nach der Wahl konnten Lothar Hay, Heide Simonis, Franz Thönnies und Christian Kröning den Koalitionsvertrag vorstellen.

Foren, Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften

»umweltforum«

Das „umweltforum der SPD Schleswig-Holstein“ will die ökologische Kompetenz der SPD festigen und weiterentwickeln, die Landes-SPD dabei unterstützen, sich in die umweltpolitische Diskussion einzumischen und als „Umweltanwalt“ die Berücksichtigung ökologischer Fragestellungen in allen Politikbereichen fördern. Sprecherin ist Ulrike Mehl (MdB), Eckart Kuhlwein macht die „Geschäftsführung“, Konrad Nabel (MdL) und andere Umwelt-ExpertInnen arbeiten intensiv mit.

Im Vorfeld der Beratungen zum Landtagswahlprogramm hat das „ufo“ ein Diskussionspapier zur Umweltpolitik vorgelegt, das in wichtigen Teilen in das Programm eingegangen ist. Die Lenkungsgruppe des ufo hat auch am Kieler Koalitionsvertrag mitgearbeitet. Für kommunale Initiativen zur „Lokalen Agenda 21“ hat das ufo einen Leitfaden zusammengestellt (zu beziehen bei Eckart Kuhlwein). Auf zwei Jahrestagungen in Malente wurden Fragen der Umweltpolitik im Land und im Bund erörtert und Bausteine für eine Nachhaltigkeitsstrategie in Schleswig-Holstein erarbeitet.

Im vergangenen Jahr mischte sich das ufo auf einer Tagung in Rendsburg mit der Bundestagsfraktion in die Klimaschutzpolitik ein. In einem Workshop in Neumünster wurde mit prominenten Mitgliedern der Landesregierung das Verfahren zur Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie für Schleswig-Holstein diskutiert. Das ufo will hier mit weiteren Aktivitäten am Ball bleiben.

Für 2001 sind an Veranstaltungen geplant: Der 2. Ökologische Wissenschaftstag, ein Workshop zur Umweltbildung und eine Jahrestagung für alle, die sich in der SPD und in ihrem Umfeld für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen wollen.

Eckart Kuhlwein, Fax 0 41 02/4 48 67,
ESKuhlwein@t-online.de

Arbeitskreis Gen- und Reproduktionstechniken

Die Forschung im Bereich der Biotechnologie und der Gentechnik ist in den letzten Jahren immer intensiver geworden. Gefordert wird seit Jahren eine ausführliche Debatte über den Umgang mit der Gentechnik.

Die Mitglieder des Arbeitskreises mußten feststellen, dass es auch mit intensiver Arbeit nur schwer möglich ist, das Thema in den Gremien der Partei und der Fraktion dauerhaft und angemessen zu diskutieren. Dieses hatte auch Auswirkungen auf den Arbeitskreis, die Gruppe ist in den letzten Jahren

sehr klein geworden. Trotzdem haben wir es geschafft, die Entwicklung zu begleiten und uns einzubringen,

- durch eine gemeinsame Diskussion mit dem Arbeitskreis SPD und Kirche (September 1999),
- bei der Veranstaltung der Ärztekammer Schleswig-Holstein „Bio- und Gentechnik – Quelle neuer Krankheiten“ (November 1999),
- bei der Erstellung des Landtagswahlprogramm der SPD-Schleswig-Holstein,
- auf dem Symposium des Bundesministeriums für Gesundheit, „Fortpflanzungsmedizin in Deutschland“ (Berlin, Mai 2000),
- bei der Diskussion über Anträge der Landtagsfraktion.

Im Frühjahr 2000 hat der Arbeitskreis nach Möglichkeiten gesucht, wie die Arbeit wieder besser mit der Partei vernetzt werden kann und ist im April dem Umweltforum beigetreten.

Ellen Mangold, Fax 0 46 21/2 52 09

Wissenschaftsforum

Das Wissenschaftsforum der SPD Schleswig-Holstein will den ergebnisoffenen Dialog zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik fördern. Es stellt die Verbindung zu wissenschaftlich Tätigen und Wissenschaftsorganisationen her und gibt sowohl der Politik als auch den Wissenschaften die Möglichkeit zur regelmäßigen Darstellung ihrer Perspektiven. Mit Veranstaltungen zu forschungs-, wissenschafts- und hochschulpolitischen Themen begleitet es den Diskussionsprozeß an den Hochschulen.

So fand im Februar 2000 eine Diskussionsrunde zum Thema „Modernisierung von Schule und Hochschule“ statt, zu der die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Ute Erd-siek-Rave und der Kieler Soziologieprofessor Lars Clausen begrüßt werden konnten. Im Januar 2001 begann mit der Veranstaltung „Neuordnung der Forschungslandschaft“ die mehrteilige Reihe „Hochschule und Politik im Dialog“, die aktuelle Fragen der Wissenschaftspolitik behandelt. Als Gesprächspartner nahmen der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium Wolf-Michael Catenhusen und der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Ernst-Dieter Rossmann teil.

Die Aktivitäten des Wissenschaftsforums werden durch den Initiativkreis vorbereitet, dem der Bun-

destagsabgeordnete Dr. Hans-Peter Bartels, der Soziologe Prof. Dr. Lars Clausen und Prof. Dr.-Ing. Martina Klocke angehören. Jörg Schmoll, stellvertretender SPD-Landesvorsitzender, hat als verantwortliches Landesvorstandsmitglied die Geschäftsführung übernommen und berichtet regelmäßig in den „Wissenschaftsnotizen“, der Publikation des Wissenschaftsforums auf Bundesebene, über das Forum in Schleswig-Holstein.

Jörg Schmoll, j.schmoll@freenet.de

Frauenforum

Das Frauenforum entwickelte sich nach der Landtagswahl aus einer Gruppe von zehn Frauen, die fünf Monate lang in einem gut zusammengewachsenen Team die Kampagne „Heide hats“ gelenkt hatten. Auf diese Weise konnten auch die Erfahrungen von Frauen aus verschiedenen Vereinen, Verbänden und sonstigen Einrichtungen sowie parteilosen Frauen sinnvoll für eine gewinnbringende Frauenarbeit innerhalb der SPD genutzt werden. Die Einbeziehung von Frauen, die nicht der SPD angehören, hielten wir für sinnvoll. Eines der Grundprobleme der SPD, das „im eigenen Saft schmoren“, konnte so verhindert werden.

Insgesamt fünfmal traf sich das Frauenforum nach der Landtagswahl. In diesen Sitzungen beschäftigten wir uns zunächst mit dem Diskussionspapier des Landesvorsitzenden Franz Thönnies, ZINS 21, das unseres Erachtens nicht ausgegoren war und die erfolgreiche Frauenpolitik der SPD Schleswig-Holstein außer Acht ließ. Die Tatsache, dass die Interessen von Frauen aus Schleswig-Holstein nicht ausreichend berücksichtigt wurden, führte zu lebhaften Diskussionen innerhalb des Forums sowie zur Erarbeitung eines kritischen Papiers, das dem Landesvorstand zugeleitet wurde.

Den zweiten Schwerpunkt auf den Arbeitssitzungen des Forums bildete die Frage, wie es gelingen könnte, geeignete Kandidatinnen für politische Ämter anzuwerben, zu fördern und zu unterstützen. Dieser weitere Schwerpunkt sollte auch die Arbeit des Frauenforums des neuen Vorstands bestimmen. Ich wünsche meiner Nachfolgerin viel Erfolg für diese nicht ganz einfache Aufgabe.

Heide hats

Anfang Oktober 1999 schlossen sich zehn Frauen aus Schleswig-Holstein zu Initiative „Heide hats“, der bundesweit ersten größeren Sympathiekampagne für eine deutsche Politikerin, zusammen. Sowohl parteilose Frauen als auch SPD-Frauen arbeiteten im Heide hats-Team mit. Ziel der Sympathiekampagne war es, Heide Simonis, die erste und einzige Ministerpräsidentin Deutschlands, im Landtagswahlkampf zu unterstützen.

„Heide hats“ war ein aus vier Aktionen bestehendes Gesamtkonzept.

- Ein Kulturkalender mit Adressen von Künstlerinnen wurde erstellt und interessierten Veranstalterinnen angeboten. Rund zwanzig Veranstaltungen wurden durchgeführt.
- Der Aufruf für Heide Simonis wurde von rund 1000 Frauen unterzeichnet. Unter ihnen Künstlerinnen wie Senta Berger, Renan Demirkan, Barbara Auer sowie Hanna Schygulla. Politikerinnen wie Regine Hildebrand oder Hildegard Hamm-Brücher.
- Vier Postkartenaktionen mit kernigen Motiven wurden von der Gruppe mit Hilfe des Vereins Hempels e.V. durchgeführt.
- Ein großes Kulturfest in der Musik- und Kongresshalle Lübeck, zu dem rund 1800 Personen kamen, bildete den Abschluß.

Die Analyse des Wählerinnenverhaltens zeigte, dass in Schleswig-Holstein die Frauen wahlentscheidend waren. Der Zweiwochendienst „Frauen und Politik“ titelte „Heide hats geschafft“ und führte aus: „Mit Sicherheit hat die Kampagne „Heide hats“ für die Ministerpräsidentin ihren Teil zu dem Erfolg beigetragen.“

Ute Büchmann, buechmann@t-online.de

Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

Die Landeskonferenz im Oktober 2000 hatte das Motto „Demokratie braucht Partei - Partei braucht die Älteren“. Gewählt wurden in den Vorstand: Detlef von Schlieben als Vorsitzender sowie die acht gleichberechtigten Beisitzer Günther Blödorn, Gertrud Ehrenreich, Roswitha Friedrichsen, Grita Lübeck, Hans-Bruno Meier, Edith Schütt, Dieter Schütt, Wilhelm Zengele.

Unsere „Neujahrsempfänge“ sind zu aktualisierten Empfängen jeweils im Frühjahr umgewandelt worden – 1999 mit Willi Piecyk, MdEP, „Europa-Wahl“ und 2000 mit Benjamin Mikfeld und Heide Moser: „Gemeinsam Jung und Alt in Schleswig-Holstein“. Im Herbst 1999 führten wir einen sehr gut besuchten Seniorentag in Schleswig mit dem Thema „Brückenbau zwischen den Generationen“ durch.

In den Wahlkämpfen engagierten wir uns landesweit mit Straßen-Aktionen in Fußgängerzonen und auf Märkten.

Seit dem Frühjahr 2000 führen wir Themen-Konferenzen mit Fachreferenten aus Wissenschaft und Politik zu bestimmten Themen durch (Heimbewohnerschutzgesetz, Pflege-Qualitätssicherungsgesetz, Rentenreform). Das Ziel ist dabei, vor Ort besser reagieren zu können und mit Vereinen und Verbänden unsere Politik ins Gespräch zu bringen. In diversen Anträgen wurden unsere Stellungnahmen an unsere Landes- und Bundesregierung weitergeleitet.

Selbstverständlich haben wir unsere Vorstellungen zum „Service 21“ beigetragen. Unsere Lebenserfahrung und das Wissen um sozialdemokratische Werte konnten mit dazu beitragen, dass unsere Partei in der Gesellschaft der Zukunft das Miteinander der Generationen fördert. Aufgrund der demographischen Veränderungen müssen auch in verantwortlichen Parteigremien und Mandaten engagierte Ältere mehr berücksichtigt werden!

Detlef von Schlieben

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Die vergangenen zwei Jahre haben gezeigt, dass es uns gelungen ist, durch eine Aktivierung der Mitglieder und Bildung neuer Arbeitsstrukturen, zunehmend mehr Beiträge zur Meinungs- und Willensbildung innerhalb der SPD zu leisten. So wurde unter der Leitung des damaligen AfB-Landesvorsitzenden Hans-Meinert Redlin intensiv am „Diskussionspapier zur Bildungspolitik“ mitgearbeitet, das Grundlage für das Wahlprogramm 2000 wurde. Das Malenter Seminar im Juni 1999, das die Schwerpunkte der Bildungspolitik in Schleswig-Holstein zum Thema hatte, war eine sinnvolle Ergänzung der begonnenen Diskussion, etwa zur „Qualität von Schule“. Mit Beiträgen und Referenten gestalteten wir den Wahlkampf aktiv mit.

Im März 2000 übergab Hans-Meinert den Vorsitz an seinen Stellvertreter Dr. Rolf Kuhl.

Schwerpunkte wurden im Vorstand erarbeitet, um das im Oktober 2000 stattfindende Seminar inhaltlich vorzubereiten. So wurde auf den auch für interessierte Mitglieder offenen Vorstandssitzungen zu den Themen „Vernetzung Schule und Jugendhilfe“, „Stärkung der Hauptschule“, „Englisch in der Grundschule“ und „Verkürzung der Schulzeit“ intensiv diskutiert. Zu den letzten drei Themen wurden Arbeitsgruppen während des Seminars in Malente gebildet, um die Position der AfB in einem Dialogpapier für die Partei zu erarbeiten. Die Ergebnisse werden auf der neu geschaffenen Internetseite www.spd-schleswig-holstein.de/afb/ vorgestellt oder können angefordert werden.

Als zukünftige Schwerpunkte sind vorgesehen: Lehrerversorgung Berufsschulen, Vision von Schule, Hochbegabung oder Qualität und Leistung. Die vorgesehene Landeskonferenz im Juni soll die Problematik der Erziehung in heutiger Zeit diskutieren.

Rolf Kuhl

Arbeitsgemeinschaft Selbständiger in der SPD (AGS)

Themenschwerpunkte der AGS-Schleswig-Holstein waren im Berichtszeitraum „Neue Technologien und

Mittelstand“, „Die Europäischen Märkte als Chance für die Schleswig-Holsteinische Wirtschaft“, „Messe- und Kongress-Standort Schleswig-Holstein“ und Handlungsmöglichkeiten der mittelständischen Unternehmen gegen Rechtsradikalismus unter dem Titel „Wirtschaft und gesellschaftliche Verantwortung“. Ergebnisprotokolle können beim AGS-Landesvorstand abgerufen werden. Zum Thema „Messestandort Schleswig-Holstein“ wurde ein Antrag der SPD-Landtagsfraktion im Landtag beschlossen.

„13 Jahre sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein – eine Erfolgsbilanz für den Mittelstand“. Das wird der Titel einer Dokumentation, die der AGS-Landesvorstand am 8. Mai 2001 der Öffentlichkeit vorlegen wird. Forderungen der AGS, die zwischenzeitlich umgesetzt wurden, sind etwa ein auf die Anforderungen kleiner und mittlerer Betriebe ausgerichtetes Technologie-Transfer-System, mehr Transparenz über Fördermöglichkeiten für die mittelständische Wirtschaft durch Förderleitfaden und Communication-Center-Wirtschaft.

Im Januar 2001 sind alle Wirtschaftsverbände Schleswig-Holsteins vom AGS-Landesvorstand schriftlich gebeten worden, Forderungen der Wirtschaft an die Landespolitik zu formulieren. Der Forderungskatalog soll in Regionalkonferenzen öffentlich diskutiert werden.

Die ordentliche Landeskonferenz wählte einen neuen AGS-Landesvorstand: Klaus-Dieter Müller, MdL, (Kiel) wurde erneut als Landesvorsitzender wiedergewählt, seine Stellvertreter sind Wolfgang Franck (Lübeck), Frank-Thomas Gaulin (Lübeck), Peter Gottschalck (Wedel) und Sven Kaerkes (Kiel).

Klaus-Dieter Müller, Fax 04 31/71 77 17

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Der ASF-Landesvorstand hat monatlich zusammen mit Vertreterinnen aus den Kreisen aktuelle Fragen erörtert und Stellungnahmen oder Forderungen an SPD-Landesverband, SPD-Fraktionen, Bundes- und Landesregierung formuliert.

Beim Programm-Landesparteitag 1999 hat die ASF eine Reihe von Forderungen eingebracht, die sich jetzt im Koalitionsvertrag wiederfinden. Seit Herbst 1999 erscheint ein „Rundbrief“. Als echter Renner haben sich die Seminare zur Öffentlichkeitsarbeit in Malente erwiesen.

Im Mittelpunkt der Landesfrauenkonferenzen standen „Gender Mainstreaming“ (2000), zu dem inzwischen ein Landtagsantrag eingebracht worden ist, und „Pflege“ (1999). In der Folge hat sich der ASF-Landesvorstand mit einem Antrag zur Pflegerinnen-ausbildung, Veranstaltungen und dem Infostand

„Hilfe, ich werde gepflegt“ beschäftigt. Dieser Stand, mit dem wir im Landtagswahlkampf „auf Tour“ waren, ist beim Wettbewerb um den Dröschler-Preis besonders gewürdigt worden.

Die ASF hat im Berichtszeitraum zwei aufwendige Veranstaltungen organisiert: die erste im Europawahlkampf zum Thema Beschäftigungspolitik und Frauen. Eine weitere gut besuchte Veranstaltung war im Landtagswahlkampf ein Podium mit Bundesministerin Christine Bergmann: „Pflege-Berufe für Frauen zwischen Wunsch und Realität“.

Im Januar 2001 haben wir den ersten Schritt zu einem Mentoring-Programm gemacht, mit dem junge Frauen Politikerinnen auf Kreis- und Landesebene bei ihrer Arbeit über die Schulter zu schauen können. Weitere Arbeits-Schwerpunkte waren:

- Geringfügig Beschäftigte
- Änderung Kindertagesstättengesetz
- Armutsbericht der Landesregierung
- Kosovoflüchtlinge
- ZINS 21 (Parteireform) und Service 21
- Frauenanteil in der Landesregierung/Frauenministerium
- Absicherung der Gleichstellungsbeauftragten

Anna Schlosser-Keichel, Fax 04625/8191,
weissblau@t-online.de

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

In den vergangenen zwei Jahren bildeten die in Malente durchgeführten Wochenendveranstaltungen zu aktuellen Themen der Gesundheitspolitik die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte der Arbeitsgemeinschaft. Der Workshop „Integrierte Versorgung zum Wohle der Patienten“ brachte nur nicht Einblicke in die vielfältigen Strukturen regionaler Praxisnetze, sondern war Anlass, über die Weiterentwicklung integrierter Versorgungsmodelle segmentübergreifend – durch die heterogene Zusammensetzung der Teilnehmer – zu diskutieren.

Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, bedarfsgerechten pflegerischen Versorgung war der Arbeitstitel eines weiteren Workshops in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte. Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Diskussion – Pflege-Qualitätssicherungsgesetz und Heimgesetz – und der weiteren Entwicklung unter Berücksichtigung der Demographie erarbeiteten Teilnehmer aus verschiedenen Berufsgruppen und Institutionen – wie Pflegeeinrichtungen, Pflegekassen, Medizinischer Dienst, Bürgerbeauftragte, Sozialverbände, Abgeordnete, – sozialdemokratische Grundsätze als Grundlage für zukünftige bundespolitische Initiativen.

Anlässlich der regelmäßig durchgeführten Vorstandssitzungen standen Themen wie Weiterentwicklung und Finanzierung GKV, Risikostrukturausgleich, Enquete-Kommission Recht und Ethik in der modernen Medizin sowie die Krankenhausplanung in Schleswig-Holstein auf der Tagesordnung. Die ASG Schleswig-Holstein stellt auf Bundesebene zwei Vorstandsmitglieder und ist darüber hinaus im Bundesausschuss mit einem weiteren Delegierten vertreten. Erfreulich ist die Bildung regionaler Gliederungen an der Westküste und in Lübeck.

Dr. Wolfgang Wodarg, Fax 0 46 21/20 03 02

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ)

Im Mai 1999 wurde auf der ASJ-Landeskonferenz in Kiel ein neuer ASJ-Landesvorstand gewählt. Vorsitzender wurde der Rechtsreferendar Falk Stadelmann, weitere Mitglieder des Vorstandes sind: Bettina Neke, Norbert Scharbach, Raju Sharma, Philipp Marioth, Torsten Reh und Reinhard Wilke. Darüber hinaus ist die ASJ im Landesarbeitskreis „Innere Sicherheit und Polizei“ vertreten. Sie arbeitet eng mit dem ASJ-Bezirksvorstand Hamburg zusammen.

Im Bereich der Innen- und Rechtspolitik hat sich die ASJ mit der Abfassung der entsprechenden Abschnitte des Regierungsprogrammes 2000–2005 einschließlich des migrationspolitischen Abschnittes befasst. Nach der gewonnenen Landtagswahl 2000 war die ASJ an der Aushandlung der Koalitionsvereinbarung beteiligt.

Im Bereich der Justizpolitik hat sich die ASJ mit den Themen „Juristenausbildungsreform“ und „Reform des Zivilprozesses“ beschäftigt. Zur einphasigen Juristenausbildung hat der ASJ-Landesvorstand ein speziell auf Schleswig-Holstein zugeschnittenes Reformmodell beschlossen.

Zur Reform des Zivilprozesses hat die ASJ eine außerordentliche Landeskonferenz im September 2000 mit dem rechtspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Alfred Hartenbach, veranstaltet.

Im Bereich der Innenpolitik hat der ASJ-Landesvorstand gemeinsam mit dem SPD-Landesvorstand einen Arbeitskreis „Strategien gegen rechts“ eingerichtet, der dem SPD-Landesvorstand bis zum Herbst 2001 ein tragfähiges ganzheitliches Konzept zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vorlegen soll, das auf die Säulen Prävention, Strafverfolgung und umfassende und massive Aufklärung gestützt sein soll.

Informierend und aufklärerisch wirkte die ASJ durch die Begründung einer Veranstaltungsreihe „Kieler Disput“.

Falk Stadelmann, falk@stadelmann.net

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Die AfA hat in den Kreisen und auf Landesebene Veranstaltungen durchgeführt, Arbeitnehmerthemen aufgegriffen und die traditionelle Verbindung zu den Betriebs- und Personalräten sowie den Gewerkschaften organisiert. Dabei standen die Arbeits- und Beschäftigungssituation insbesondere im Einzelhandel, in der Schiffbauindustrie und der Schifffahrt sowie im Baugewerbe im Zentrum.

Sehr erfolgreich waren die Veranstaltungen zum politischen Aschermittwoch in Marne mit Heide Simonis und Klaus Buß. Zu erwähnen sind ebenso die Neujahrsempfänge die von den AfA-Kreisvorständen eigenständig durchgeführt werden. Dithmarschen und Lübeck haben hier eine besonders herauszustellende Tradition.

Drei Landeskonferenzen haben im Zeitraum stattgefunden. Am 5. Juni 1999 mit Rudolf Dressler dem AfA-Bundvorsitzenden war es die Wahlkonferenz in Rendsburg. Am 4. Dezember 1999 im Zeichen der Landtagswahl war es eine Arbeitskonferenz zum Thema „Arbeitsplätze und Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein mit dem IG-Metall Bezirksleiter Frank Teichmüller, dem SPD-Landesvorsitzenden Franz Thönnies und dem Landesvorsitzenden der AGS Klaus-Dieter Müller. Die dritte Konferenz fand am 4. Dezember 2000 in Lübeck mit Wirtschaftsminister Bernd Rohwer und Franz Thönnies statt. Hier ging es insbesondere um die „Eckpunkte einer arbeitnehmerorientierten Wirtschaftspolitik.“

Mit Kirsten Rölke, unserer bisherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden, und Sabine Almut Auerbach haben wir erneut zwei Vertreterinnen im Bundesvorstand. Unter der Überschrift „Betriebsräte zeigen Flagge“ wurde mit Unterstützung der Wählerinitiative Arbeitswelt Flugblätter vor den Betriebstoren verteilt und offensiv zur Landtagswahl aufgerufen.

Wolfgang Mädel, Fax 0431/5195060,
wolfgang.maedel@t-online.de

Jungsozialisten

Die Jusos Schleswig-Holstein haben in den beiden zurückliegenden Jahren eine Vielzahl von Veranstaltungen gemacht. Neben den klassischen Seminaren zu Themen wie Geschlechterpolitik, Internationales, Bildungspolitik, haben wir 1999 zusammen mit dem Juso Bezirk Weser-Ems ein Sommercamp auf Borkum veranstaltet, einen Grundsatzkongreß durchgeführt und eine Vielzahl von Änderungsanträgen zum Landtagswahlprogramm der SPD gestellt.

Das Frühjahr 2000 war sehr geprägt von der Landtagswahl bei der die Jusos sich intensiv in die Wahl-

kampfunterstützung der Kandidaten vor Ort eingeschaltet haben.

Danach haben die Jusos Seminare zu Themen wie Bildungspolitik, Steuerpolitik, Teilhabe, Geschichte der SPD, Geschlechterpolitik veranstaltet und haben in Schweden beim IUSY-Festival Kontakte zu anderen Sozialdemokratischen Jugendorganisationen aufgenommen. Zum Thema kommunaler Finanzausgleich haben wir zusammen mit einem Vertreter der SGK eine Veranstaltung gemacht. Zusätzlich haben wir mehrere Neumitglieder-Veranstaltungen gemacht und uns aktiv in die Gestaltung der Veranstaltungen „U35“ des SPD-Jugendforums eingebracht.

Florian Matz

Arbeitskreises Migration und Ausländerpolitik

Der Arbeitskreis Migration und Ausländerpolitik hat sich regelmäßig getroffen und in den Sitzungen aktuelle und grundsätzliche migrations- und ausländer-spezifische Themen behandelt. Der Arbeitskreis wurde geleitet von Ahmet Akkaya, als Vertreter des Landesvorstandes und Klaus-Peter Puls, MdL, als innen-, rechts- und ausländerpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Folgende Themenbereiche wurden bearbeitet :

- Landtagswahlprogramm der SPD 2000 unter Bezug auf die Migrationspolitik. Der Arbeitskreis hat bei den Vorbereitungen der Landtagswahlen 2000 aktiv mitgewirkt.
- Bildungspolitische Fragen standen mehrfach auf der Tagesordnung. Vertreter des Bildungsministeriums wurden eingeladen zu Themen wie Interkulturelle Bildung und Erziehung, Deutsch als Zweitsprache, multikulturelle Schulen und multikulturelles Kollegium, Schulen als diskriminierungsfreie Räume. Fragen hinsichtlich des islamischen Religionsunterrichtes wurden erörtert.
- Das Thema Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit stand zur Diskussion.
- Ein Meinungsaustausch wurde durchgeführt über das Büro des in Berlin neu gegründeten „Bündnis für Demokratie und Toleranz“.

Der Beauftragte für Flüchtlingsfragen, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein, Helmut Frenz, berichtete über seine zweijährige Arbeit. Rolf Fischer (MdL), der sich häufig an Sitzungen des Arbeitskreises beteiligte, knüpfte Kontakte zu verschiedenen Vereinen der Stadt.

Bei vielen Veranstaltungen diverser Nicht-Parteiorganisationen wurde der Arbeitskreis von Ahmet Akkaya vertreten. Klaus-Peter Puls hat regelmäßig die aktuellen Informationen zur Ausländerpolitik der

Landesregierung und des Landtages in den Arbeitskreis eingebracht.

Ahmet Akkaya, Fax 04 31/7 29 73 85
Klaus-Peter Puls, Fax 0 40/7 27 84 36

Projektgruppe Friedenspolitik

Der Landesparteitag in Reinbek 1999 fand kurz nach einem historischen Einschnitt statt: Deutschland hatte sich im Kosovo erstmals seit 1945 wieder an einem Krieg beteiligt. Der deutsche Militäreinsatz und die konditionierte Zustimmung des Parteitags dazu führte in den Wochen danach zu kritischen Diskussionen im Landesverband. Der Landesvorstand hat diese Diskussionen in einer Projektgruppe Friedenspolitik zusammengefasst, an der sich auch einige Kreisverbände beteiligten.

Die Projektgruppe hat unter der Überschrift „Neue Wege zum Frieden“ einen Antrag zum Bundesparteitag erarbeitet, in dem unter anderem eine Weiterentwicklung des Völkerrechts, ein Mandat der UNO als zwingende Voraussetzung für künftige Militäreinsätze, eine verstärkte Nutzung nichtmilitärischer Instrumente zur Konfliktprävention und -moderation, eine eigene UNO-Blauhelmtruppe, eine Reduzierung der Bundeswehr und eine UNO-Clearing-

stelle für Rüstungsexporte und Rüstungskoooperationen gefordert wurde.

Der Bundesparteitag 1999 in Berlin hat einige kleinere Passagen aus dem Antrag, so zum Beispiel die verstärkte Kontrolle von Kleinwaffen, übernommen. Beschlossen wurde die von uns vorgeschlagene Fortsetzung der Arbeit der Internationalen Kommission beim Parteivorstand, an der auch Vertreter der Landesverbände und Bezirke beteiligt werden sollten.

Eckart Kuhlwein, Fax 0 41 02/4 48 67,
ESKuhlwein@t-online.de

Gesprächskreis Innere Sicherheit und Polizei

Am 18. Oktober 2000 haben sich 13 Genossen in Kiel getroffen, um einen Gesprächskreis Innere Sicherheit und Polizei zu gründen.

Der Themenbereich „Innere Sicherheit“ verfügt in der Öffentlichkeit über eine besondere Bedeutung. Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahren Maßstäbe für eine liberale Innen- und Rechtspolitik gesetzt. Zur Fortentwicklung dieser Politik, zum Informations- und Erfahrungsaustausch sowie zur Erörterung grundlegender und aktueller Themen

Tarifrunde 2001

Gute Arbeit

neue AERA



Die Arbeitsorganisation in der Metallindustrie hat sich verändert. Der Tarifvertrag muss das auch. Am besten durch ein gemeinsames **EntgeltRahmenAbkommen** für Arbeiter und Angestellte.

Ein Tarifvertrag für die Zukunft

- ✓ Leistung **definieren** und **fair** einbaren
- ✓ Lernen für die Zukunft
- ✓ Arbeit **besser** machen – Gute Arbeit **organisieren**
- ✓ Gute Arbeit braucht **Beteiligung**
- ✓ Arbeit **gerecht** bewerten

IGM-Verwaltungsstellen Flensburg, Lübeck, Kiel, Neumünster, Unterelbe, Bergedorf

aus diesem Bereich konstituiert sich ein Gesprächskreis beim SPD-Landesverband.

An dem Gesprächskreis teilnehmen können sollen alle SPD-Mitglieder,

- die bei der Polizei Schleswig-Holstein tätig sind,
- die beim Innenminister des Landes tätig sind,
- die dem Innen- und Rechtsausschuss des Landtages angehören,
- die den örtlichen Polizeibeiräten oder den kriminalpräventiven Räten angehören,
- die am Thema interessiert sind.
- Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ) ist im Gesprächskreis vertreten.

Erste Themen des Gesprächskreises sind:

- Auswirkungen der Haushaltsberatungen auf die Polizei.
- Strukturelle Veränderungen in der Polizei.
- Entwicklung des Rechtsextremismus.
- Erstellung eines Arbeitsprogramms.

Weiter möchte der Gesprächskreis das Verhältnis von SPD und Polizei verbessern. Dazu wird der Arbeitskreis Besuche von Landtagsmitgliedern bei Polizeidienststellen organisieren. Dem neugewählten Landesvorstand werden wir dieses Angebot ebenfalls unterbreiten. Interessierte Genossinnen und Genossen können sich beim Landesverband oder direkt bei Thomas Rother, MdL, melden.

Thomas Rother, Fax 04 51/7 02 72 43

Wohnungspolitischer Fachbeirat

Im Fachbeirat sind Genossinnen und Genossen aus allen Bereichen der Städtebau- und Wohnungspolitik aktiv. Er hat sich auch in den vergangenen zwei Jahren als kompetentes Gremium bewährt und Empfehlungen zu Gesetzesvorhaben auf Landes- und Bundesebene erarbeitet, die in die Arbeit der SPD-Landtagsfraktion eingeflossen sind oder an die Bundestagsfraktion weitergeleitet wurden.

Im Berichtszeitraum hat sich der Fachbeirat mit folgenden Themen beschäftigt: Betreutes Wohnen, Umzugswünsche älterer Menschen, Novellierung der Landesbauordnung, Fehlbelegungsabgabe, Wohngeldreform, Mietrechtsreform, Reform des sozialen Wohnungsbaus, Landeswohnungsbau- und Städtebauförderungsprogramm, Soziale Stadt, Nachhaltiges Bauen und Wohnen in Schleswig-Holstein. Der Fachbeirat im Rahmen seiner Sitzungen Informationsbesuche bei der AWO (betreutes Wohnen), bei der Architektenkammer, bei der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen und bei der Investitionsbank gemacht.

Bis zur Landtagswahl waren Ingrid Franzen (federführend) und Renate Gröpel als wohnungspolitische Sprecherinnen der SPD-Landtagsfraktion für den Fachbeirat verantwortlich. Nach der Ernennung von

Ingrid Franzen zur Ministerin hat Renate Gröpel als wohnungspolitische Sprecherin die Aufgabe federführend übernommen.

Renate Gröpel, Fax 04 51/7 02 72 30

Gesprächskreis SPD und Kirche

Der Gesprächskreis SPD und Kirche bietet eine Begegnungsmöglichkeit für Menschen mit und ohne SPD-Mitgliedsbuch zu Themen, die sowohl die Kirchen wie auch die Politik bewegen und herausfordern. Zweimal im Jahr lädt der Gesprächskreis zu Wochenendseminaren ein. Unsere Themen reichen von der Sozialpolitik über Asyl und Migration bis zu Fragen der Gewalt in unserer Gesellschaft und der gewaltfreien Lösung von Konflikten zwischen Staaten und Volksgruppen.

Die seit Jahren bewährte Zusammenarbeit mit dem „Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt“ bringt es mit sich, dass Themen aus der Arbeitsgesellschaft, der Problematik von Armut und Reichtum eine wichtige Rolle spielen. Abendveranstaltungen gehören wie auch kleine Gesprächsrunden zu unserem Programm. Beispielhaft dafür war die Diskussion mit Prof. Bernzen, dem Vizepräsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, und mit Helmut Frenz zum Thema „eine Gesellschaft ohne Flüchtlinge ist Gottlos“.

Alfred Schulz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK)

Die Arbeit der SGK war hauptsächlich von zwei Themen bestimmt. Zunächst unterstützten wir Heide Simonis und die Partei bei der erfolgreichen Landtagswahl. Dann vertraten wir mit viel Energie und Zeitaufwand die kommunalen Interessen bei der Neuordnung des Finanzausgleiches. Das Ergebnis ist bekannt.

Die SGK beschäftigte sich außerdem mit der lokalen Agenda 21, dem Energiewirtschaftsgesetz, dem Zentralörtlichen System, der Arbeitsmarktpolitik für Schleswig-Holstein, der Änderung des Kindertagesstätten-Gesetzes, der Funktionalreform und der Neuordnung der Kommunalverfassung.

Da die Arbeit der SGK zunehmend unter der personellen Enge in der Landesgeschäftsstelle leidet, sind unverzüglich Änderungen erforderlich. Die Erfahrungen bei den bisherigen Direktwahlen und die Kommunalwahl 2003 dulden keine weiteren Verzögerungen. Es muss eine verlässliche Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit der sozialdemokratischen Kommunalpolitik von Landespartei und SGK dauerhaft gesichert werden!

Klaus Plöger

Die Arbeit des Abgeordneten im Europäischen Parlament, Willi Piecyk

Seit Mai 1992 bin ich Abgeordneter im Europäischen Parlament (EP). Im Juni 1994 und im Juni 1999 wurde ich als schleswig-holsteinischer SPD-Abgeordneter in das EP wiedergewählt. Seit 1999 bin ich Mitglied im EP-Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr; stellvertretendes Mitglied im Haushalts-Ausschuss und Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu Estland.



Willi Piecyk (links) und Heide Simonis beim Start zum Europa-Wahlkampf 1999 in Kiel.

Als Mitglied des Verkehrsausschusses bin ich Berichterstatter für die transeuropäischen Verkehrsnetze. Weitere Arbeitsschwerpunkte liegen bei den Themen ÖPNV, Postliberalisierung, maritime Sicherheit, Strassen- und Schienenverkehr. Seit 1995 bin ich stellvertretender Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament. Weiterhin bin ich Mitglied des Parteirates.

Zur Wahlkreisarbeit in Schleswig-Holstein gehören folgende Aktivitäten: Öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu europapolitischen Themen; Kreisbereisungen, Besuche und Gespräche mit Betrieben, Verbänden, Schulen und anderen Einrichtungen; Beratungen von Bürgerinnen und Bürgern in EU-relevanten Fragen;; Besondere wahlkreisrelevante Themen, wie Werften-Beihilfen, Fischerei, Fördermittel.

Besonders unterstütze ich das europäische Engagement junger Menschen: In meinem Brüsseler Büro absolvieren regelmäßig europapolitisch interessierte junge Menschen ein Praktikum, um erste Berufs-

erfahrungen zu sammeln. In Schleswig-Holstein und im EP in Brüssel und in Straßburg informiere ich eine Vielzahl schleswig-holsteinischer Schulklassen über europäische Themen. Am 5. Mai 2000 habe ich die schleswig-holsteinischen Europaschulen zum „2. Fairplay-Pokal für Europa“ eingeladen.

Im Bereich Öffentlichkeits- und Pressearbeit organisiere ich regelmäßig Journalist/innenbesuche in Straßburg und Brüssel. Im November 2000 habe ich mit dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag und der Friedrich-Ebert-Stiftung zum dritten Mal ein einwöchiges Europaseminar für schleswig-holsteinische Schülerzeitungsredakteur/innen in Brüssel durchgeführt. Seit Anfang 2000 veröffentliche ich monatlich das „Straßburg-Info“ mit aktuellen Berichten aus der Straßburger Plenarwoche, die auch über meine Website abgerufen werden können (<http://www.piecyk.de>).

Im Berichtszeitraum haben etwa 150 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner an den Besucherfahrten zum Europäischen Parlament nach Straßburg teilgenommen.

Zusätzlich habe ich zahlreiche Gespräche im Europäischen Parlament mit schleswig-holsteinischen Besuchergruppen der Landeszentrale für politische Bildung, der Gewerkschaften und anderen Interessengruppen und Verbänden durchgeführt.

Schwerpunkte im Europäischen Parlament

Im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr war ich über zweieinhalb Jahre als Berichterstatter für die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TENs) maßgeblich mit an deren Zustandekommen und an der Ausgestaltung der Leitlinien beteiligt.

Nach dem Erika-Unglück im Dezember 1999 habe ich als Schattenberichterstatter der europäischen Sozialdemokraten für das EP und die Kommission daran gearbeitet, strikte europäische Regelungen zur Schiffssicherheit auf den Weg zu bringen: Dazu zählen eine strikte Verschärfung der Inspektionsvorkehrungen in den Häfen, stärkere Kontrolle und Verantwortlichkeit der sogenannten Klassifikationsgesellschaften (Schiffs-TÜV), Maßnahmen, die Schiffe unter Billigflaggen daran hindern, den entsprechenden Vorschriften und Kontrollen zu entgehen und die schnellstmögliche Einführung von sicheren Doppelhüllentankern in Europa. Dieses sogenannte „Erika-Paket I“ wurde im November 2000 vom EP in erster Lesung verabschiedet. In diesen Zusammenhang gehört der nachträgliche Einsatz für

die norddeutschen Werften gegenüber dem unfairen Wettbewerbsdumping seitens Koreas.

Im September 2000 verabschiedete das Europäische Parlament die Richtlinie über die Einführung von Hafenauffanganlagen für Schiffsabfälle. Dabei vertrat ich die europäischen Sozialdemokraten federführend bei den Verhandlungen mit dem Ministerrat. Nach dieser Richtlinie müssen künftig alle Mitgliedstaaten in ihren Häfen Auffanganlagen für Schiffsabfälle bereitstellen.

Im Dezember 2000 bin ich zum Schattenberichterstatter zum Thema Liberalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) meiner Fraktion benannt worden, um die Position der europäischen Sozialdemokraten zu formulieren und in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Der Vorschlag der Europäischen Kommission wird in der ersten Jahreshälfte 2001 im Europäischen Parlament behandelt.

Aus deutscher Sicht muss es beim Thema ÖPNV darum gehen, durch kontrollierten Wettbewerb zu einem besseren ÖPNV-Angebot zu kommen, ohne

jedoch die Aufgabe der Daseinsvorsorge, die mittelständische Struktur der ÖPNV-Unternehmen und die Planung und Durchführung des ÖPNV vor Ort in Frage zu stellen.

Ähnliches gilt für die weitere Liberalisierung der Postdienste, mit dem ich mich im EP auseinandersetze: Die erste Lesung des Europäischen Parlaments wurde im Dezember 2000 abgeschlossen. Eine breite Mehrheit der Abgeordneten aller Fraktionen sprach sich gegen den weitgehenden Liberalisierungsansatz der Europäischen Kommission aus und befürwortete statt dessen ein schrittweises und sozialverträgliches Vorgehen, um zu garantieren, dass der Universaldienst der Post als ein wichtiger Teil von Daseinsvorsorge erhalten bleibt. Im Hinblick auf die beschäftigungspolitische Position der Marktöffnung wurden auf meine Anregung soziale Bestimmungen in den Richtlinienentwurf aufgenommen, um die Beschäftigten im Postsektor vor Lohndumping zu schützen.

Kontakt: Europabüro Willi Piecyk,
Tel. 04 31/9 06 06-22, Fax 04 31/9 06 06-41,
info@piecyk.de

Die Arbeit der Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten

Die elf direkt gewählten SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein sind in Bundesregierung, Fraktion und Partei mit eigenem Gewicht vertreten.

Sie verstehen sich nicht nur als Mittler zwischen Landes- und Bundes-Interessen. Ihre Absicht ist es, eigene politische Aktivitäten zu entfalten. Dabei steht die Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben, wie Modernisierung der Wirtschaft, Reduzierung der Arbeitslosigkeit, Rentenreform, Friedenspolitik, Sozialpolitik und Kampf gegen Rechtsradikalismus im Vordergrund.

Bis zum 26. Oktober 2000 war Reinhold Hiller Landesgruppensprecher. Seither hat Manfred Opel dieses Amt inne.

Politische Arbeit

Neben ihren jeweiligen Spezialgebieten nehmen die SPD-Abgeordneten auch übergeordnete Aufgaben im Land, im Bund und im internationalen Bereich wahr. Die politische Arbeit der Partei im Land unterstützen sie durch eine ganze Reihe aktueller und grundsätzlicher Veranstaltungen.

Zu einem ganz eigenen und sehr erfolgreichen Instrument mit großer politischer Wirksamkeit hat

sich das Kabarett „Die Wasserwerker“ entwickelt. Deren Chefin Ulrike Mehl darf sich über große Anerkennung freuen. Und auch dem ehemaligen Landesgruppenmitglied Eckart Kuhlwein zollen wir hiermit unseren Dank.

Es ist uns gelungen, 11 Wahlkreise für Schleswig-Holstein zu bewahren. Ihr Zuschnitt wurde zwar modernisiert, aber dennoch so weit wie möglich an die bestehenden Strukturen angeglichen. Das gibt politische Stabilität und dürfte die Kreisverbände weitgehend zufriedenstellen.

Einzelberichte

Hans-Peter Bartels

ist seit Oktober 2000 ordentliches Mitglied des Verteidigungsausschusses und des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Unterausschusses für Neue Medien. Themenschwerpunkte im vergangenen Jahr: Jugendschutz, Sekten, Politische Bildung, Reform und Ausrüstung der Bundeswehr. Herausgeber der politischen Zeitschrift „Berliner Republik“.

Tel. 0431/8 53 31, Fax. 0431/8 99 99 00,
hans-peter.bartels@bundestag.de

Michael Bürsch

Als Mitglied des Innenausschusses standen für mich im vergangenen Jahr die Themen Zuwanderung und Rechtsextremismus im Mittelpunkt. Für die SPD-Arbeitsgruppe „Zuwanderung und Integration“ habe ich u.a. ein internationales Gutachten über die Zuwanderungsregelung von 14 Ländern betreut. Für den NPD-Verbotsantrag des Bundestages war ich Berichterstatter der Fraktion.

Mein zweiter Arbeitsschwerpunkt lag beim bürgerschaftlichen Engagement. Die Enquete-Kommission des Bundestages, deren Vorsitzender ich bin, beschäftigt sich zur Zeit intensiv mit der Bestandsaufnahme über derzeitige Rahmenbedingungen vom Ehrenamt und Bürgerengagement. In mehreren schleswig-holsteinischen Wahlkreisen habe ich dazu auch bereits für die Fraktion Veranstaltungen mit Betroffenen durchgeführt.

Plön: Tel. 04 31/24 59 25, Fax. 04 31/24 80 12, Neumünster: Tel. 0 43 21/92 98 39, Fax. 0 43 21/92 98 31, michael.buersch@wk.bundestag.de

Reinhold Hiller

Im Berichtszeitraum bin ich für die SPD-Bundestagsfraktion ordentliches Mitglied im Verkehrsausschuss und im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Zusätzlich bin ich in der neuen Legislaturperiode stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Der Verkehrsausschuss ist jetzt auch zuständig für Bau- und Wohnungswesen.

In der ersten Hälfte der 14. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages war ich Sprecher der Landesgruppe der schleswig-holsteinischen sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten.

Im Zentrum meiner Arbeit stand, die für Schleswig-Holstein wichtigen Verkehrsvorhaben voranzutreiben und aufzupassen, dass das Land bei der Verteilung der Mittel nicht zu kurz kommt. Ein Schwerpunkt der Arbeit war, die parlamentarischen Beratungen über die Neuschneidung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 2002 zu koordinieren.

Die für unser Land gefundene Lösung ist vernünftig, weil die parlamentarische Vertretung Ostholsteins gesichert wird, gewachsene Partei- und Wahlkreisstrukturen erhalten bleiben, gleich große Wahlkreise geschaffen werden, die hinsichtlich der Zahl der Wahlberechtigten langfristig Bestand haben.

Tel. 04 51/7 02 72 26, Fax 04 51/70 41 16, reinhold.hiller@bundestag.de

Ulrike Mehl

ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Seit November 1998 ist sie umweltpolitische Sprecherin der SPD

Bundestagsfraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes.

In den letzten zwei Jahren hat sie eine Reihe umweltrelevanter Gesetze und Initiativen intensiv mit koordiniert und vorbereitet. Dazu gehört: das Bodenrechtsergänzungsgesetz in dessen Folge 50 000 ha Naturschutzflächen in den neuen Bundesländern kostenlos vom Bund an die Länder übertragen und damit für den Naturschutz gesichert wurden. Erweiterung der Aufgaben der Deutschen Bundesumweltstiftung um den Bereich Naturschutz, Vorbereitung des Atomausstiegsgesetzes, Vorbereitung der Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes, Änderung der TA Siedlungsabfall, der Verpackungsverordnung und anderer abfallrelevanter Maßnahmen, Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien und der dazugehörigen Biomasseverordnung, Energieeinsparverordnung, Beendigung der Waffenerprobungen im Nationalpark Wattenmeer und vieles mehr.

Ulrike Mehl ist Mitglied im Landesvorstand und Vorsitzende des Umweltforums.

Tel: 0 43 31/2 77 58, Fax: 0 43 92/2 13 94, ulrike.mehl@wk.bundestag.de

Manfred Opel

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO, besonderes Engagement für das Stabilitätspaket in Süd-Ost-Europa.

Mitglied des Verteidigungsausschusses, Schwerpunktthemen: Neue Wehrstruktur, Schutzkonzepte, Moderne Sicherheitspolitik, Durchsetzung des Legalitätsprinzips. Mitglied im beratenden Ausschuss für Fragen der dänischen Minderheit beim Bundesinnenminister und im Friesengremium des schleswig-holsteinischen Landtages.

Stellvertretendes Mitglied im Haushalt- und Menschenrechtsausschuss.

Mitglied im Unterausschuss für die UN.

Lokale Themen: Nationalpark Wattenmeer, Erprobungen in der Meldorfer Bucht, Windkraftanlagen und soziale Fragen.

Tel. 0 48 41/8 14 11, Fax 0 48 41/8 37 10, manfred.opel@bundestag.de

Ernst-Dieter Rossmann

Meine wesentlichen Aufgaben im Bundestag konzentrierten sich auf meine Mitwirkung (als stellvertretender Sprecher) in der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung und im entsprechenden Fachausschuss sowie im Untersuchungsausschuss „Parteispenden“.

Eindeutig im Vordergrund standen im Bildungsbereich die Förderprogramme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Qualifizierung von Jugendlichen (JUMP), von denen auch Schleswig-

Holstein profitieren konnte, der Einsatz für mehr Mittel im Hochschulbau sowie für die Verstärkung der Haushaltsmittel für Bildung und Forschung insgesamt. Hier haben wir seit 1998 einen Zuwachs von über 2,5 Milliarden Mark zu verzeichnen, das entspricht einem Wachstum von über 17 Prozent.

Gesetzgeberisch war weiter vorzubereiten die große BAföG-Reform, die zum 1. April 2001 wirksam werden wird; durch sie bekommen nicht nur die geförderten Familien und Studierenden deutlich mehr Mittel, sondern auch die Zahl der Förderfälle wird um 80 000 bis 100 000 auf 440 000 gesteigert werden. Auch die Vorbereitungen zur Verbesserung des Meister-BAföGs sind soweit abgeschlossen, dass dieses Gesetz im Jahr 2001 verabschiedet werden kann. Das dritte große Bildungsgesetz wird die Reform der Hochschulen über die Dienstrechtsmodernisierung sein, mit der der Weg junger Nachwuchswissenschaftler in Forschung und Lehre erleichtert werden soll (Junior-Professor). Positiv zu vermerken ist weiter die Stärkung der Meeresforschung.

Wenn der Einsatz für Bildung und Forschung die Kür war, war meine Mitarbeit im Untersuchungsausschuss „Parteispenden“ die parlamentarisch-demokratische Pflicht. Trotz aller Bemühungen der CDU um Ex-Kanzler Kohl, die Wahrheit zu verschleiern, gelingt es, in beharrlicher Arbeit hier Mosaikstein für Mosaikstein zu einem Gesamtbild zusammenzusetzen. Der Untersuchungsausschuss wird voraussichtlich bis zum Ende dieser Legislaturperiode weiterarbeiten. Der Abschlussbericht ist im Jahr 2002 zu erwarten.

Tel. 0 41 01/20 06 39, Fax 0 41 02/55 36 65
ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

Thomas Sauer

gehört dem Deutschen Bundestag seit der 14. Legislaturperiode an. Er ist im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie als ordentliches Mitglied für den Themenbereich Forschungspolitik verantwortlich. Stellvertretend ist er Mitglied im Finanzausschuss. Als Mitglied im Unterausschuss Telekommunikation und Post und als stellvertretendes Mitglied des Beirats bei der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post befasst er sich mit der Umwandlung der einst öffentlich-rechtlich geführten Unternehmen in den Bereichen Post und Telekommunikation hin zur Privatwirtschaft. Als stellvertretendes Mitglied des Sonderausschusses Maßstäbengesetz/Finanzausgleich beschäftigt sich Thomas Sauer mit der Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern und wird im Kontakt mit der Landesregierung die Interessen Schleswig-Holsteins einbringen.

Tel. 0 41 02/82 32 98, Fax 0 41 02/82 31 12,
thomas.sauer@bundestag.de

Cornelie Sonntag-Wolgast

direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis III (Steinburg/Dithmarschen-Süd) ist seit dem 28. Oktober 1998 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern.

In ihrer Zuständigkeit für Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie für die Bekämpfung des Rechtsextremismus hat sie maßgeblich an der Staatsangehörigkeitsreform und der Änderung des Paragraphen 19 des Ausländergesetzes mitgewirkt, kümmert sich besonders um den Umgang mit weiblichen Flüchtlingen und ist federführend für den Aufbau des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ zuständig, das die Bundesregierung gemeinsam mit Vertretern aus Gewerkschaften, Wirtschaft, Religionsgemeinschaften, Medien, Kultur und Sport gegründet hat.

Sie ist außerdem Ansprechpartnerin für die Minderheiten in Deutschland.

Itzehoe: Tel. 0 48 21/27 15, Fax 0 48 21/39 30,
Meldorf: Tel. 0 48 32/30 38, Fax 0 48 32/62 00
cornelie.sonntag-wolgast@bundestag.de

Antje-Marie Steen

Als Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages ist es mir wichtig, auf die Einhaltung der Leitlinie für den Bundeshaushalt 2001 hinzuweisen: Konsolidieren und sozial gerecht reformieren! Wir haben einen Haushalt beschlossen, der die niedrigste Nettokreditaufnahme seit 1992 in Höhe von 43,7 Milliarden Mark und die Erhöhung der Investitionsquote von 12,0 Prozent im Jahr 2000 auf 12,2 Prozent für 2001 ausweist.

Wir investieren mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm aus den Zinersparnissen der UMTS- Erlöse bis 2003 pro Jahr ca. 4 Milliarden Mark in wichtige Infrastrukturmaßnahmen. 2,9 Milliarden Mark stellen wir im Jahr 2001 für Verkehrsprojekte bereit, davon 2 Milliarden für den Ausbau des Schienennetzes.

600 Millionen werden bereitgestellt für die unter der Regierung Kohl lange Jahre vernachlässigten Bereiche Bildung und Forschung und 500 Millionen Mark zur Reduktion des CO₂- Ausstoßes und der Erforschung neuer Energieformen.

Durch weitere zusätzliche Ausgaben neben dem Zukunftsinvestitionsprogramm profitieren die Menschen in Schleswig- Holstein in hohem Maße von unserer Haushaltspolitik: 150 Millionen Mark werden für 2001 als Darlehen für den Bau des Airbusses A 3XX gewährtr, womit auch Arbeitsplätze in Schleswig- Holstein gesichert werden. Wir haben die Werftenhilfen um 30 Millionen Mark auf insgesamt 170 Millionen Mark aufgestockt.

180 Millionen Mark zusätzlich zu den bereits etatierten Mitteln in Höhe von 200 Millionen Mark aus

dem Ökosteueraufkommen wenden wir auf zur Entwicklung und Investition in regenerative Energieformen

Investitionen in Bildung bedeuten Zukunftsinvestitionen und sind gerade für uns in Schleswig-Holstein besonders wichtig. Deshalb investieren wir im Jahr 2001 zusätzliche Mittel in Höhe von 175 Millionen in die Berufsschulen, 275 Millionen Mark in die IT- Infrastruktur der Hochschulen und stellen das Programm „Internet für Alle“ mit 15 Millionen Mark in den Bundeshaushalt ein.

Wir reagieren auf die zunehmende Gewalt von Rechts unter anderem auch durch die Förderung von Maßnahmen für politische Jugendbildung gegen Rechtsextremismus in Höhe von zusätzlichen 30 Millionen Mark. Dazu kommen jeweils 5 Millionen Mark für Modellprojekte mobiler Beratungsstellen gegen Rechtsradikalismus unter Jugendlichen und zum Schutz und zur Betreuung von Opfern rechtsradikaler Gewalt von Jugendlichen. Damit werden unsere Anstrengungen gegen rechte Gewalt weiter intensiviert.

Tel.: 0 45 21/7 16 11, Fax: 0 45 21/7 83 86,
antje-marie.steen@wk.bundestag.de

Franz Thönnnes

Franz Thönnnes gehört dem Deutschen Bundestag seit 1994 an. Er vertritt den Wahlkreis 8 (Segeberg/Stormarn-Nord). Im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung ist er ordentliches Mitglied und im Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung Stellvertreter. Als Vorsitzender der Deutsch-Skandinavischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages und Delegierter der Ostsee-Parlamentarier-Konferenz engagiert er sich besonders bei der Pflege und dem Ausbau der Kontakte sowie beim Erfahrungsaustausch zwischen deutschen

und skandinavischen Parlamentariern. Von 1997 bis 1999 war Franz Thönnnes stellvertretender SPD-Landesvorsitzender. Seit 1999 ist er Vorsitzender der SPD Schleswig-Holstein. Von 1998 bis November 2000 war er stellvertretender sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und befaßte sich dabei schwerpunktmäßig mit den Themenfeldern Arbeitsmarkt, Aus- und Weiterbildung sowie Arbeitszeitpolitik. Im Januar 2000 wurde Franz Thönnnes, zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Tel. 0 45 51/96 83 83, Fax 0 45 51/96 73 38,
buergerbuero@thoennes.de

Wolfgang Wodarg

Wie schon in der letzten Legislaturperiode war die parlamentarische Arbeit zum großen Teil durch die inhaltlichen Schwerpunkte des Gesundheitsausschusses gekennzeichnet. In diesem Zusammenhang bestimmten folgende Themen die Arbeiten

- Reform des Risikostrukturausgleichs (RSA)
- BSE
- Gesundheitsreformgesetz
- Änderungen der Heil- und Hilfsmittelrichtlinien
- Pflegeversicherung
- Gesundheitsförderung, -aufklärung, -erziehung und -ausbildung
- Neuordnung der Sozialmedizinischen Begutachtung.

Hinzu kam seit Beginn des Jahres 2000 die sehr aufwändige Arbeit als Sprecher der Enquête-Kommission „Recht und Ethik in der modernen Medizin“. Dort liegt seit einigen Wochen ein Zwischenbericht vor.

Tel. 0 46 21/200 300, Fax 0 46 21/200 302,
wolfgang.wodarg@wk.bundestag.de

Die Arbeit der SPD-Landtagsfraktion

Im Februar 2000 hat die SPD mit 43,1 Prozent bei der Landtagswahl ein hervorragendes Ergebnis erzielt. Wir konnten 41 von 45 Wahlkreisen direkt gewinnen. Das Ergebnis legte eine Fortsetzung der Koalition mit Bündnis 90/Die Grünen nahe.

Vorausgegangen war ein sehr guter Wahlkampf mit einer hoch motivierten Partei, einer hoch motivierten Fraktion und einer kämpferischen Spitzenkandidatin Heide Simonis. Natürlich verbesserte die Parteispendenaffäre der CDU die Chance für einen Wahlsieg. Dennoch, ein hervorragender Wahlkampf und ein hervorragendes Ergebnis.

Die Grundlage für diesen Wahlkampf war mit dem Landesparteitag im April 1999 in Reinbek gelegt worden, auf dem die Partei sich in guter Verfassung präsentierte. Der interne Stimmungsumschwung gelang mit dem Parteitag in Damp, auf dem das Wahlprogramm „Volle Kraft für unser Land“ beschlossen und die Liste aufgestellt wurde. Der Auftritt des Bundeskanzlers Gerhard Schröder unterstützte dies ebenfalls.

Es folgte eine knappe Niederlage bei der Landratswahl in Plön für Horst Eger und ein Sieg im zweiten Wahlgang von Bernd Saxe in Lübeck. Dies bedeute-

te für uns Sozialdemokraten einen gewaltigen Schritt nach vorn. Der Wahlkampf erfuhr durch dieses motivierende Ergebnis, den Neujahrsempfang in Kiel mit den Ministerpräsidenten aus Finnland, Schweden und Dänemark, sowie die intensive Unterstützung von Gerhard Schröder einen gewaltigen Schub. Damit war der Grundstein für die folgenden Wochen und das hervorragende Ergebnis gelegt.

Die Landtagsfraktion hat sich im Jahr 1999 neben der alltäglichen Routinearbeit vor allem mit der Wahlkampf vorbereitung, Haushalt für das Jahr 2000 und mit der Vorbereitung des Wahlprogramms beschäftigt. Mit dem im Wahlprogramm verankerten Beschluss bis zum Jahre 2004 1000 neue Lehrerstellen zu schaffen, haben wir den Nachweis angetreten, dass die Bildungspolitik auch bei knappem Geld für uns ganz oben ansteht. Neue Arbeitsplätze für Schleswig-Holstein, soziale Sicherheit für unser Land, Arbeit und Umwelt zusammenführen und gleichberechtigte Teilhabe für Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft bildeten neben dem Bemühen um eine aktive Bürgergesellschaft weitere Schwerpunkte des Wahlprogramms.

Nach der Landtagswahl im Februar konnten die Koalitionsverhandlungen nach nur vierwöchiger Beratungszeit mit dem grünen Koalitionspartner erfolgreich abgeschlossen werden. In den Mittelpunkt des Koalitionsvertrages wurden gestellt: Arbeit, Bildung, Nachhaltigkeit und Weltoffenheit. Mit den inhaltlichen Schwerpunkten der Strukturförderung von Ziel (ASH 2000, Zukunft auf dem Lande, Regionalprogramm 2000) im Umfang von über zwei Milliarden Mark Gesamtinvestition und gleichzeitiger Entscheidung für eine nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushaltes haben wir den Rahmen für die Politik der nächsten Jahre neben vielen weiteren Punkten abgesteckt.

Die Verhandlungen um die Zusammensetzung des Kabinetts und die Neuschneidung der Ministerien mit dem grünen Koalitionspartner waren fast ebenso intensiv wie die Debatten um die Inhalte. Das Ergebnis: Ein Ministerium insgesamt weniger sowie zwei Ministerien unter grüner und fünf Ministerien unter roter Führung.

Aus der Fraktion, die sich nach der Landtagswahl neu formierte, rückte Ingrid Franzen als Ministerin für Ländliche Räume ins Kabinett auf. Die Fraktion musste sich – was allerdings in kürzester Zeit gelungen ist – aufgrund von 16 neuen Mitgliedern erst einmal zusammenfinden. Um die Arbeit in der Fraktion zu straffen wurde auf einen – aus Sicht der Fraktion – zu großen Fraktionsvorstand in alter Form verzichtet und der geschäftsführende Vorstand abgeschafft. Führungsgremium ist jetzt der siebenköpfige Fraktionsvorstand, in den auf Antrieb zwei neue Fraktionsmitglieder, nämlich Jutta Schümann als Stellvertreterin und Astrid Höfs als Beisitzerin gewählt wurden. Die weiteren Mitglieder



Lothar Hay, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.

sind der Parlamentarische Geschäftsführer Holger Astrup, die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Konrad Nabel und Renate Gröpel sowie Jürgen Weber als Beisitzer.

Wichtigste Aufgabe der Fraktion im Jahr 2000 war die Haushaltskonsolidierung mit den dafür notwendigen Kürzungen bei Förderprogrammen sowie die Finanzbeziehungen zu den Kommunen. Dabei haben wir gemeinsam mit der Regierung das Ziel, die Neuverschuldung bis 2008 auf Null zu reduzieren, fest im Blick. Eingeräumt werden muss selbstkritisch, dass bei der Debatte um die Kürzung der Verbundmasse nicht alles rund gelaufen ist, wenn auch letztlich ein für alle vertretbarer Kompromiss erreicht werden konnte.

Die Fraktion wird in den kommenden Monaten intensive Gespräche mit der kommunalen Familie im Zusammenhang mit der Diskussion über eine notwendige Reform der Kommunalverfassung führen. Das Thema BSE und seine Folgen wird uns über dieses Jahr hinaus beschäftigen. Unser Ziel ist, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen sich mit gesunden Nahrungsmitteln versorgen können.

Die Fraktion wird für die Landesregierung auch in Zukunft ein selbstbewusster, kritischer aber immer konstruktiver Partner sein.

Eine gute Zusammenarbeit zwischen Partei, Regierung und Fraktion, ebenso wie eine regelmäßige intensive Abstimmung zwischen den Koalitionspartnern schafft die Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung der entscheidenden Inhalte des Koalitionsvertrages in den kommenden Jahren.

Lothar Hay, Tel. 04 31/9 88-13 01,
Fax 04 31/9 88-13 33, b.scheffler@spd.ltsh.de

GUSTAV- HEINEMANN- BILDUNGSSTÄTTE

Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V.

23714 Bad Malente
Schweizer Straße 58
Tel. 0 45 23 - 25 70, Fax 0 45 23 - 26 32
e-mail: info@heinemann-bildungsstaette.de
Internet: www.heinemann-bildungsstaette.de



Programm 2001

Januar

26. - 28.1. **Feministische Literatur: Frauenbilder in Literatur und Medizin**
26. - 28.1. **Elternmitbestimmung: Lebensraum Schule gestalten (auch 9. - 11. 11.)**

Februar

2. - 4.2. **Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939 - 1945**
12. - 16.2. **Das „Dritte Reich“ im Spiegel von Wochenschau und Fernsehen**
19. - 23.2. **Zur Zukunft der Demokratie und des Parteienstaates**

März

5. - 9.3. **Die EU: Währungsunion, Osterweiterung und Verfassung**
5. - 9.3. **Rhetorik-Grundkurs (auch 23. - 27. 4. für Frauen; 18. - 22. 6.; 15. - 19. 10.; 19. - 23. 11.)**
5. - 9.3. **Auf der Suche nach dem Sinn des Lebens: Sekten und Esoterik**
12. - 16.3. **Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im Nationalsozialismus**
19. - 23.3. **Geschichte der deutschen Juden - Judentum und jüdisches Leben heute**
23. - 25.3. **Der Gewalt begegnen! - Zivilcourage - aber wie? (auch 27. - 31. 8.; 10. - 14. 9.)**
26. - 30.3. **Kriminalität und Gewalt bei Jugendlichen: Ursachen und Prävention**
26. - 30.3. **Spanisch-Grundstufe (Mittelstufe 10. - 14. 12.; Portugiesisch 7. - 9. 9.)**

April

2. - 6.4. **Die Deutschen und das Geld: Wirtschaft und Börse**
23. - 27.4. **Die christlichen Kirchen und der Nationalsozialismus**
27. - 29.4. **Personalmanagement in Pflegeberufen: Führen und Leiten als Prozeß**

Mai

7. - 11.5. **Europa und Lateinamerika: Schwerpunkt Argentinien**
7. - 11.5. **Deutsche Geschichte im Spiegel von Kabarett und Satire**
11. - 13.5. **Tibet in der Literatur**
28.5. - 1.6. **Leben und Alltag im Mittelalter: Die Kreuzzüge**
28.5. - 1.6. **Die Welt(en) des Islam - Religion und Politik**

Juni

11. - 15.6. **Fahrradseminar: Ökonomie und Ökologie in Ostholstein**
18. - 22.6. **Vom Goldstandard zum Euro: Geschichte des internationalen Währungssystems**
18. - 22.6. **Italien ist nicht nur Pasta und Mafia**
22. - 24.6. **Organisations- und Projektmanagement (Grundlagen)**
25. - 29.6. **Ehe und Familie im Wandel**

Juli

2. - 6.7. **Alter/Altern und Politik**
13. - 15.7. **Mamma mia: Mutter-Tochter-Beziehungen in der Literatur (auch 14. - 16. 12.)**
16. - 26.7. **Literatur und Gesellschaft im deutschen Kaiserreich 1871-1918**
16. - 26.7. **Schreibwerkstatt am Kellersee**
27.7. - 5.8. **Auf alten Wegen in Schleswig-Holstein**
27.7. - 5.8. **Kreatives Malen am Kellersee**

August

6. - 16.8. **Politisch-Philosophische Ideengeschichte**
17. - 26.8. **Freiheitsbewegungen und Freiheitslieder in Deutschland**
17. - 26.8. **Probleme der Metropolen am Anfang des 21. Jahrhunderts**
27. - 31.8. **Auf dem Wege zur Europäischen Integration: Griechenland**

September

10. - 14.9. **Festung Europa? - Zuwanderer und Fremde in Deutschland und Europa**
21. - 23.9. **Die Menschenrechte in Literatur und Kunst**

Oktober

5. - 7.10. **Die Aktualität des Denkens von Karl Marx**
5. - 7.10. **Eine neue Einwanderungspolitik für Deutschland**
8. - 12.10. **Psychopathologie und Politik**
8. - 12.10. **Was die Nation erregte - Skandalgeschichte der Bundesrepublik**
13. - 28.10. und 20.10. - 4.11. **Studienreisen nach Brasilien/ Seminare in der Regenwald-Akademie**
22. - 26.10. **Künstlerpaare - oder: Der männliche und der weibliche Blick**
29.10. - 2.11. **Individualisierung - Gesellschaft der Singles und Egoisten?**
29.10. - 2.11. **Der Nationalsozialismus und seine aktuelle Bedeutung**

November

5. - 9.11. **Politik und Sport im 19. und 20. Jahrhundert**
16. - 18.11. **Bürgergesellschaft - Zivilgesellschaft**
23. - 25.11. **Ödön von Horváth zum 100. Geburtstag**
26. - 30.11. **Politische Utopien von der Antike bis heute**
30.11. - 2.12. **Zeitbombe Mensch - Wie viele Menschen (er)trägt die Erde?**

Dezember

3. - 7.12. **Der Film in der SBZ/DDR 1945 bis Ende der 50er Jahre**
10. - 14.12. **Rhetorik-Aufbaukurs**
14. - 16.12. **Revolution und totale Herrschaft: Hannah Arendts politische Theorien**

Teilnahmebeiträge (Änderungen bleiben vorbehalten):

Wochenendseminar	DM 60,00 - 90,00
Wochenseminar	DM 120,00 - 200,00
Rhetorik- und Fahrradseminar	DM 240,00 - 300,00
10-Tages-Seminar	DM 450,00 - 550,00
Organisations- und Projektmanagement sowie Sprachkurse	DM 380,00 - 480,00

Die Wochen-Seminare sind förderungswürdig im Sinne der Bildungsfreistellungsgesetze. Ausführliches Programmheft und Anmeldungen telefonisch, per Fax oder Postkarte.

DIE WAHLKAMPFMACHER

Wir liegen
gut
in der Zeit.

www.pg-produktion.de

**Unser Spektrum,
Druck zu machen.**

Wir helfen Ihnen bei
der Entwicklung und
Umsetzung neuer Ideen.



Medienvorlagen: Datenspeicherung und ISDN-Verbindungen, Scannen, bearbeiten von Bildern, Grafiken, Texten, Color-Management-Profile sorgen für die optimale Simulation des Druckergebnisses. **Bogenoffset-Technik:** moderne Drucktechnik für die Produktion von Plakaten, Zeitschriften, Büchern, Broschüren und Foldern in kleinen und großen Auflagen. **Rollenoffset:** Für die Produktionen von Zeitschriften, Katalogen, Beilagen und Broschüren. **Binden und Heften:** Aufkleben von Postkarten, 3D-Werbung, CDs und Booklets. Klebebindungen und Heftungen, auch in Überformaten. **Logistik nach dem Druck:** Für uns ganz selbstverständlich. **Mit unseren Partnern leisten wir mehr:** Kooperationen und Partnerschaften gehören in der Ausrichtung unseres Unternehmens zur zentralen unternehmerischen Strategie. Das erhöht die Effizienz in der Zusammenarbeit mit Ihnen, ganz im Sinne des Mottos: **Gemeinsam erfolgreich.**

Medienproduktionen von P.G. Produktion und Graphische Werkstatt Uetersen GmbH
Tornescher Weg 109 · 25436 Uetersen · Telefon: 0 41 22/92 76-0
Telefax: 0 41 22/92 76-40 · ISDN: 0 41 22/92 60 11
E-Mail: info@pg-produktion.de · www.pg-produktion.de